

www.kpoe-steiermark.at

Steirische Volksstimme

Ausgabe 07, November 2006 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Zeitung der steirischen **KPO**

Land verkauft Joanneum

Budgettricks: Palais Attems, Landesmuseum Joanneum und weitere 14 Immobilien verkauft!

Der Landtag hat in seiner Sitzung im November 16 landeseigene Liegenschaften um 71,7 Millionen Euro an die Landesimmobilienengesellschaft (LIG) verkauft. Darunter so bedeutende Gebäude wie das Palais Attems oder das Landesarchiv. Mit den Erlösen soll das Wachstumsbudget des Landes finanziert werden. Seite 4



Der Winter ist nicht mehr fern, die Steiermark hat aber immer noch schöne Ausblicke zu bieten. Für die kommende Weihnachtszeit und den Jahreswechsel wünschen wir allen Lesern und Leserinnen schon jetzt alles Gute.

VERANSTALTUNGSGESETZ:

Noch mehr Lärm bei Events steht bevor

U-AUSCHUSS IM LANDTAG:

Schlimme Zustände im Tierpark

REICHTUMSBERICHT:

Viel Armut in der reichen Steiermark



Sprechen Sie mit uns!
Beratung in allen Lebenslagen

Notruf 0316/ 877 5101

in Stadt
Land **KPO**

Wir beraten Sie gerne. Tel. Anmeldung erbeten. Landhaus – Hinterhaus



„Kommen Sie ins Casino, machen Sie Ihr Spiel“, lautet der Lockruf des Geldes. Viele erliegen ihm, viele leiden darunter.

AUS DEM LEBEN EINES GLÜCKSSPIELERS „Durch Spielhö

Ein Ex-Spieler berichtet von den dramatischen Auswirkungen der Spielsucht, gegen welche die KPÖ mobil macht. Sie kämpft im Landtag für eine Standortabgabe für Spielautomaten. Das Ziel: Das Leid von Suchtkranken und deren Familien verringern.

Las Vegas liegt in Graz, in Bruck, in Liezen, in Leibnitz, wie unlängst in einer südsteirischen Gratis-Gazette zu lesen war. Tatsächlich finden sich in der Grazer Annenstraße oder der Leibnitzer Grazer Gasse unzählige Wettbüros, die ihren Gästen ein El Dorado versprechen – die sagemumwobene Goldene Stadt in Südamerika. Die Szene hat sich in fast allen steirischen Städten etabliert. Die KPÖ will dem durch eine höhere Lustbarkeitsabgabe und Standortabgaben einen Riegel vorschieben.

Längst muss man nicht mehr in die US-Spielmetropole Las Vegas pilgern, wenn man sein Geld verzooken will. Quer durch die Steiermark sprießen Glücksspielcafés aus dem Boden. Dazu kommen das Internet und nun die Vorgaben der EU, die den Glücksspielmarkt frei geben will für noch mehr Möglichkeiten, die Menschen in die Spiel- und Schuldenfalle zu locken. Obwohl immer öfter Verbrechen im Zusammenhang mit Wettcafés in den Medien vorkommen. Obwohl tausende Steirer, zehntausende Österreicher an der Spielsucht leiden. Für Franz M. ein Skandal. Der 54-jährige Südsteirer litt selbst an der Spielsucht und fand mühevoll den Weg zurück ins „normale Leben.“

TEILERFOLG

Die KPÖ kämpft für eine Standortabgabe für Spielautomaten – im Landtag und im Gemeinderat. Dort fiel der Antrag von Mandatar Georg Fuchs bei Bürgermeister Siegfried Nagl auf fruchtbaren Boden. Der kennt nämlich selbst Betroffene und will sich beim Bund für eine derartige Abgabe stark machen.

384.000 Schilling in zwei Stunden weg

„Ich bin selbst durch die Hölle marschiert“, erinnert sich M., „hatte Schulden bei sieben Banken, obwohl ich bis zu 18 Stunden pro Tag gearbeitet habe“. 15 Jahre lang verspielte er Unsummen – ganz am Ende seiner Spielerkarriere noch 384.000 Schilling, in zwei Stunden, im Casino von Szombathely. Denn in den österreichischen Casinos ließ sich M. in einem Anfall von Erkenntnis selbst lebenslang sperren. „Als mein Sohn zur Welt kam, dachte ich nach einem Casino-Besuch, was ich für Hund bin, dass ich nicht einmal mehr ein Flascherl für mein Kind kaufen kann“, erinnert sich der Südsteirer mit Tränen in den Augen, „meine Frau stand da zum Glück zu mir“.

M. hat nie aufgehört, die Szene zu beobachten: „Es trifft fast immer die armen Menschen, die beim Glücksspiel ihr letztes Glück versuchen und es dort natürlich nicht finden.“ Und er erzählt von einem bekannten Landwirt, dessen 30-Hektar-Landwirtschaft dem Glücksspiel zum Opfer fiel.

Besonders gefährlich ist für ihn das kleine Glücksspiel, das längst kein kleines Spiel mehr ist. Vom Gesetz her auf 36 Cent pro Spiel

lle marschiert“

limitiert, lässt die Automaten-Elektronik wesentlich höherwertige Spiele zu. „Die Geräte haben einen Einschub, in den die meisten Spieler 100-Euro-Scheine stecken“, erzählt M., „stellt man die S-Stufe ein, wächst der Einsatz auf 4,50 Euro pro Spiel, bei der ‚blauen S-Stufe‘, im Spieler-Jargon die Viagra-Stufe, sogar auf neun Euro. Und während man kostenlos Getränke konsumieren kann, verliert man in einer Zigarettenlänge 1000 Euro. Da muss man gar nichts mehr machen, weil die Maschine spielt, bis der Einsatz weg ist“.

Wer spielt, verliert

M. schätzt, dass die Gewinnchance bei rund 35 Prozent liegt.

Wer also 1000 Euro einsetzt, bekommt im Schnitt 350 Euro zurück – der Rest bleibt beim Automatenbetreiber. Das scheint schlüssig, wenn man die Internet-Diskussion zu höheren Abgaben für Wettcafés betrachtet, welche ein ORF-Bericht über die KPÖ-Initiative ausgelöst hat. „1800 Euro pro Jahr sollen die Automatenaufsteller

zahlen müssen? Oh, welch Schock für die. Ein Freund von mir hackelt in einem Wettcafé und die machen 1800 Euro pro Automaten zeitweise an EINEM TAG!!!“, so der User bermuda.

Der Wunsch Geld zu haben, aus welchen Gründen auch immer, ist menschlich. In einem Wettcafé das große Glück zu finden, gleicht allerdings einem Lotto-Sechser. El Dorado, den Mythos vom großen Gold und Geld, suchten schon die spanischen Konquistadoren vor rund 500 Jahren vergeblich.

Das sollte heute allen eine

Lehre sein. Dennoch zieht es zu viele zum Glücksspiel. KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenecker: „Neben der auffallend hohen Kriminalität im Dunstkreis der Wettcafés sind viele Familien betroffen, die durch spiel-süchtige Angehörige alles verloren haben. Wir wollen diesen Menschen und ihren Familien helfen. Es ist aber nicht einzusehen, dass die öffentliche Hand alles bezahlen muss, während die Kasse bei den Verursachern weiter klingelt.“

„Als mein Sohn zur Welt kam, dachte ich mir, was ich für ein Hund bin, weil ich ihm nicht einmal ein Flascherl kaufen kann.“



Karl M. bei Ernest Kaltenecker. Der Ex-Spieler erzählt von der krankhaften Spielsucht und vom schweren Weg zurück. „Ich bin so froh, dass sich endlich jemand dieses Problems annimmt“, sagt er.

MEINUNG



Ernest Kaltenecker

Nach uns die Sintflut?

Die öffentlichen Kassen sind leer – so auch beim Land Steiermark! Nun wird zusammengekratzt, was irgendwie sich noch verwerten lässt. Um die gewaltigen Budgetlöcher zu stopfen, werden die letzten Immobilien eingesetzt und das allerletzte Familiensilber verscherbelt.

Jahrelang hat man aus dem Vollen geschöpft und so getan, als ob Geld überhaupt keine Rolle spielen würde. Kein Spektakel („Event“) war zu teuer oder zu unsinnig. Bei Förderungen wiederum galt oft das Prinzip „Wer hat, dem gib“. Davon profitierten nicht nur gräfliche Familien.

Auf der Suche nach den letzten Quellen, die man zur Finanzierung des Landeshaushaltes anzapfen könnte, wollte man kürzlich auch die Mittel für die Wohnbauförderung abräumen. Nach uns die Sintflut, schien das Motto für eine solche Politik zu sein. Da-

bei hätte man noch sehr gerne die KPÖ im Boot gehabt. Doch diese Rechnung wurde ohne den Wirt gemacht.

Seit Jahren warnt die KPÖ vor dem Ausräumen des Wohnbau-Topfes. Gibt es kein Geld für die Wohnbauförderung mehr, dann kostest dies nicht nur hunderte Arbeitsplätze im Baugewerbe, sondern würde sehr bald empfindliche Preissteigerungen bei Mieten zur Folge haben. Die Erfahrung hat es schon oft gezeigt: Steigt die Nachfrage nach Wohnungen, dann klettern sehr rasch die Mieten in schwindelerregende Höhen. Die Zeche hätten die Wohnungssuchenden zu bezahlen.

Politik sollte nicht in den Tag hinein wursteln, sondern vor allem in die Zukunft gerichtet sein. Denn ohne entsprechende Vorsorge kann aus jedem Wahlversprechen immer nur eine Mogelpackung werden. Ernest Kaltenecker

INHALT

Immobilien verscherbelt	4
Gesetz bringt Lärm	5
Schlimmes in Herberstein ...	6/7
Sozialhilfe für Benachteiligte – KPÖ-Sozialpolitik.....	8/9
KPÖ-Erfolge für die Steirer ...	11
Allerhand aus Stadt und Land	12/13
Luxussport Schifahren	14
Wozu digitales Fernsehen?... ..	15
Zu Gast im Gefängnis	16/17
Wasserreserven geschützt	18
Das Elend im Alltag	18/19
Armut in der Steiermark .	20/21
Sozialdumping durch EU	24





Immobilien verkauft, Heizkostenzuschuss abgelehnt

Die KPÖ sprach sich vehement gegen den Verkauf von 16 Immobilien an die Landesimmobiliengesellschaft aus. Schließlich, so KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg, müsse die Lig, um den Kauf zu finanzieren, Kredite aufnehmen, für welche letztlich wieder das Land hafte. Werner Murgg: „Das ist nicht vorausschauende Budgetpolitik, das ist Loch auf, Loch zu!“

71,7 Millionen Euro bekommt das Land von der landeseigenen Lig für 16 Immobilien, darunter das Palais Attems, das Joanneum und das Landesarchiv. Dieser Erlös ist bereits nach 18 Jahren für das Rückmieten verbraucht, rechnet der KPÖ-Abgeordnete vor. 3,8 Millionen Euro zahlt das Land pro Jahr als Miete an die Lig. Das Land hat sich zwar ein Wiederkaufsrecht eingeräumt. Werner Murgg: „Ich sehe eine große Gefahr. Sollte die Lig privatisiert werden und das Land möchte dann die Gebäude zurückkaufen, wird es vermutlich heißen: Dafür gibt es kein Budget!“ KPÖ und Grüne stimmten gegen den Verkauf.

Zu Beginn der Sitzung berichtete Finanzlandesrat Christian Buchmann (ÖVP) über die Pläne zum Landesbudget. Im neuen Jahr soll der Landtag ein Doppelbudget 2007/2008 beschließen. KPÖ-Klubobmann Ernst Kaltenegger warnte einmal mehr davor, zur Budgetkosmetik die aushaftenden Wohnbodarlehen des Landes zu verkaufen. Ernst Kaltenegger: „Ein Verkauf bedeutet weniger Rückflüsse

ins Landesbudget. Das heißt weniger sozialer Wohnbau und damit höhere Mieten!“

Heuer wird der Heizkostenzuschuss des Landes nur mehr an die Mindestpensionisten ausbezahlt, die keine Wohnbeihilfe des Landes bekommen.

Kein Zuschuss zu Heizkosten

Die KPÖ stellte den Antrag, diese soziale Leistung allen Steirerinnen und Steirern auszubezahlen, die unter die dafür entsprechenden Einkommensgrenzen fallen. Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ): „Die Heizkosten explodieren. Die Mindestpensionisten gehören ohnehin zu den Ärmsten der Armen. Bei diesem Zuschuss geht es für das Landesbudget um kleine Summen, die wir sonst oft leichtfertig ausgeben!“ Karl Petinger (SPÖ): „Wir stimmen dem Antrag nicht zu! Durch die Wohnbeihilfe Neu haben wir soziale Kompetenz gezeigt.“ Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen abgelehnt.

Das Land Steiermark wird sich von 2007 bis 2017 mit 100 Millionen Euro an der Finanzierung der Kompetenzzentren beteiligen. Die dabei beteiligten Firmen tragen rund 50 Prozent der Kosten. Die KPÖ forderte in einem Antrag, sicherzustellen, dass die öffentliche Hand an den entwickelten Patenten mitbeteiligt werden



Verkauft: Das unlängst renovierte Palais Attems

müsse. Schließlich trage sie die Hälfte der Kosten. Dieser Antrag wurde von SPÖ, ÖVP und Grünen abgelehnt.

1,4 Millionen Euro für Marketing

Mit dem neuen ÖBB-Fahrplan startet der Obersteirer-Takt. Er soll eine bessere Verbindung zwischen den obersteirischen Ballungsräumen gewährleisten. Um den Obersteirertakt zu bewerben, sollen 1,4 Millionen Euro ausgegeben werden. Die KPÖ lehnte diese Ausgabe ab. Ih-

rer Meinung nach wäre das Geld in einem weiteren Ausbau der Bahninfrastruktur besser angelegt. So könnten um diese Summe beispielsweise 227 zusätzliche Züge auf der Strecke Spielfeld – Bad Radkersburg geführt werden. Josef Straßberger (ÖVP) widersprach dieser Meinung: „Es ist notwendig, den Obersteirertakt zu bewerben.“ Werner Murgg (KPÖ) konterte: „Die beste Werbung ist dann gegeben, wenn der Obersteirertakt funktioniert.“

RAT UND HILFE IN MIETEN-FRAGEN

Mieterschutzverband Steiermark
Sparbersbachgasse 61
Tel. 0316 / 38 48 30
(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)
Sprechstunden – Bitte um tel. Voranmeldung! www.mieterschutzverband.at

VIELE MÄNGEL IM VERANSTALTUNGSGESETZ

Jetzt droht maßloser Lärm



Das neue Veranstaltungsgesetz lässt Lärmwerte zu, die von der Weltgesundheitsorganisation als gefährlich eingestuft werden. Die KPÖ warnt vor vielen Mängeln und dem verfassungswidrigen Zustand, der das Projekt Spielberg gefährden kann.

Im Eilzugstempo wurde das Steiermärkische Veranstaltungs- und Geländefahrzeuggesetz mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP im Landtag durchgepeitscht. Das Gesetz soll den Weg zum Projekt „Spielberg neu“ ebnen. Die Novellierung bringt allerdings deutliche Verschlechterungen – für die ganze Steiermark.

Die Steiermark ist jetzt das einzige Bundesland, das per Gesetz Lärmimmissionswerte festsetzt, und das in einer Höhe, die bislang in Österreich noch nie der Fall war. Sogar die Richtlinien

der Weltgesundheitsorganisation werden deutlich überschritten. In der Nacht sind beim Betrieb von Motorsportanlagen 80 Dezibel erlaubt; Anrainern wird tagsüber dreimal und nachts 30-mal soviel Lärm zugemutet, wie Anrainern von Hochleistungsstraßen.

KPÖ-LAbg. Renate Pacher: „Dieses Gesetz wird nachhaltige Auswirkungen haben. Durch die enormen Lärmwerte kommen die – bisher viel niedrigeren – Richtlinien und Ö-Normen unter Druck. Und was für Motorsportveranstaltungen gilt, das könnten nach dem Gleichheitsgrundsatz auch andere Veranstalter einfordern.“

Juristisches Neuland

Eine weitere unrühmliche Neuheit dieser Novelle ist das Einführen von „Akzeptanzkriterien“: bei der Erteilung einer Genehmigung spielt erstmals der volkswirtschaftliche Nutzen eine Rolle. Bisher ging es dem Gesetzgeber eher um das Wohl und die Gesundheit der Menschen

– ein gutes Prinzip, von dem mit nun abgegangen wurde.

LAbg. Renate Pacher (KPÖ): „Wenn dieses Vorgehen Schule macht, könnten bald alle bisherigen Regeln und Schutzbestimmungen aufgeweicht werden.“ Peter Hagenauer (Grüne) stieß im Landtag ins selbe Horn: „Es darf nicht passieren, daß man das Gesetz an das Projekt anpasst. Das Projekt hat sich nach den bestehenden Gesetzen zu richten.“ SPÖ und ÖVP verteidigten die Gesetzesänderung. Landesrat Christian Buchmann (ÖVP): „Die Gesetzesänderung ist eine notwendige Entscheidung, um das Projekt zu ermöglichen. Ob sie hinreichend ist, wird sich zeigen.“

Gefahr für Projekt „Spielberg Neu“

Die KPÖ ließ das Gesetz vom Juristen Dr. Martin Kind untersuchen. Der ortet Verfassungswidrigkeit. Damit steht auch das neue Spielberg-Projekt auf wackligen Beinen, denn das neue

LAbg. Renate Pacher (KPÖ): „Mit dem Projekt Spielberg verbinden viele Menschen die Hoffnung auf einen Arbeitsplatz, auf wirtschaftlichen Aufschwung. Deshalb ist es unverantwortlich, das Projekt durch den Eilbeschluss eines Gesetzes zu gefährden, gegen das massive Einwände bestehen. Die KPÖ ist für ein Projekt Spielberg, das neue Arbeitsplätze in die Region bringt, aber auch die Bedürfnisse der Anrainer müssen berücksichtigt werden.“

PROJEKT SPIELBERG

Mit dem Projekt „Spielberg neu“ soll auf dem Ex-A1-Ring eine neue Test- und Rennsportstrecke entstehen. Als Investoren werden Red Bull, KTM, Magna und VW genannt. Die Vorarbeiten für das neue Projekt wurden bis jetzt großteils von der öffentlichen Hand getragen. Die Investoren wollen erst einsteigen, wenn ein genehmigtes Projekt am Tisch liegt.

Gesetz ist die Basis für die Bewilligung. Ein verfassungswidriges Gesetz kann bei einem Einspruch das ganze Projekt zu Fall bringen.

LAbg. Renate Pacher: „Leider erinnert das Vorgehen des Landes sehr an die Unfähigkeit bei Spielberg 1“. Die Arroganz der Macht ging sogar soweit, dass eine moderne Rennstrecke abgerissen wurde, obwohl noch Genehmigungen fehlten.“

Der Appell der KPÖ, bestehende Bedenken zu berücksichtigen, verhallte leider ungehört.

Das Rechtsgutachten ist im Internet verfügbar: www.kpoe-steiermark.at/1.1893.0.0.1.0.phtml.

Wurden die Babys der Herberstein-Wölfe tatsächlich mit artfremdem Kot eingerieben und dann vom eigenen Rudel zerrissen, wie Zeuginnen und Zeugen im Ausschuss berichteten?



UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS NAHM HERBERSTEIN UNTER DIE LUPE

Schlimme Zustände im Tierpark

Während der letzten Monate befragte der Untersuchungsausschuss des Landes mehr als vierzig Zeuginnen und Zeugen zum Tierpark Herberstein. Bis 7. Dezember wird der Ausschussvorsitzende Werner Murgg (KPÖ) einen Entwurf für einen Endbericht vorlegen. Dann ist der Landtag am Wort.

Es ist zumindest ein Erfolg des Ausschusses, wenn die Tierparkbeschäftigten jetzt einen Betriebsrat bekommen!“ Das erklärte Werner Murgg nach dem Ende der Zeugeneinvernahmen.

Die Fragen an die Zeugen kreisten um vier Themen: Die 2004 mit einer Ferialverfügung an Herberstein freigegebene Million Euro, der zwischen Land Steiermark und Herberstein im Jahr 2002 abgeschlossene Vertrag über eine typische stille Beteiligung des Landes an der Herberstein OEG in Höhe von 2,9 Millionen Euro, die Förderkontrolle durch das Land und schließlich die Zustände im Tierpark in Sachen Tierhaltung und Betriebsklima. Das zu untersuchen war schon deshalb wichtig, weil

das Land Steiermark jetzt den Tierpark gepachtet hat.

Million Euro „futsch“

Kernpunkt des Untersuchungsausschusses war allerdings die sogenannte Ferialverfügung. Landeshauptmann Waltraud Klasnic hatte im Sommer 2004 mit einer Ferialverfügung der Herberstein OEG eine zusätzliche Million Euro zur Verfügung gestellt. Die Landesregierung hat diese Transaktion dann im Herbst 2004 mit den Stimmen der ÖVP beschlossen.

Bleibt die Frage: Gab es eine Rechtsgrundlage für die Ferialverfügung? War die Dringlichkeit der Maßnahme – Liquiditätsengpässe bei Herberstein bzw. Unweterschäden im Tierpark – die

Rechtsgrundlage oder wurde die Million ohne Rechtsgrundlage ausbezahlt, da nur ein Vertrag mit Herberstein über die Verwendung dieser Million Rechtsgrundlage hätte sein können? Ein derartiger Vertrag wurde aber nicht verfasst. Heute ist die Million jedenfalls „futsch“! Ein weiteres Streitthema bleibt die Bewertung der stillen Beteiligung des Landes. Der Landesrechnungshof hat diese Beteiligung in seinem Herberstein-Bericht als äußerst nachteilig für das Land eingeschätzt. Ehemalige Landespolitiker haben die Sache im Ausschuss so dargestellt, als wäre es dabei nur um eine möglichst EU-konforme Förderung für Herberstein gegangen. Einfluss bei der Herberstein OEG wollte man nie erlangen...

Kaum Förderkontrolle

Auch die mangelnde Kontrolle der vom Land gewährten Fördermittel hat der

Rechnungshof in seinem Bericht bereits ausführlich kritisiert. Zur Erinnerung: Von 1983 bis 2004 hat das Unternehmen Herberstein von zehn verschiedenen Förderstellen des Landes Zuwendungen von insgesamt 6,9 Millionen Euro (fast 100 Millionen Schilling) erhalten. Wie man in der Zwischenzeit weiß, wurden Rechnungen doppelt eingereicht und die Verwendung der gewährten Fördermittel vom Land mangelhaft kontrolliert.

Schließlich befasste sich der Untersuchungsausschuss auch mit dem Tierpark selbst. Aussagen von ehemaligen und derzeitigen Mitarbeitern des Tierparks brachten teilweise erschütternde Zustände zu Tage.

Das Land als nunmehriger Pächter des Tierparks wird nun penibel darauf zu achten haben, dass diese Missstände endgültig der Vergangenheit angehören.

3,6 Millionen für Herberstein-Neu

Die Verträge zwischen Herberstein und der neuen, landeseigenen Tierpark GmbH wurden bereits in der Landesregierung genehmigt. Nun beschloss der Landtag die Freigabe der Mittel für die Pachtvorauszahlung, die Fortführungskosten und andere damit zusammenhängende Ausgaben – insgesamt 3,6 Millionen Euro. KPÖ und Grüne lehnten die Ausgabe ab. Werner Murgg (KPÖ) kritisierte vehement, dass das Land, nach allem, was vorgefallen ist, mit der Familie Herberstein nach

wie vor in einer Geschäftsbeziehung stehe. Die KPÖ ist für einen Kauf des Parks durch das Land Steiermark eingetreten. Stattdessen gibt es zwischen Land Steiermark und Herberstein OHG einen Pachtvertrag und nach wie vor eine gemeinsame Eintrittskarte für den Landestierpark und das Schloss bzw. das Museum. Werner Murgg: „Völlig unverständlich ist für mich, dass das Land in dem Vertrag freiwillig auf die Rückforderung der 1 Million Euro aus der Ferialverfügung verzichtet.“



Das Land hat das Herberstein-Gelände gepachtet

Kein Heizkostenzuschuss für Bezieher der Wohnbeihilfe Neu

Bezüglich des Heizkostenzuschusses des Landes gingen unlängst falsche Meldungen durch die Presse. Dort wurde behauptet, der Zuschuss von 120 Euro für Öl- bzw. von 60 Euro für andere Heizungen werde wie im Vorjahr gewährt. Das ist falsch. Im Merkblatt des zuständigen Landesrates Kurt Flecker (SPÖ) heißt es ausdrücklich: „Anspruchsberechtigt sind alle in der Steiermark wohnhaften Personen, die keinen Anspruch auf die Wohnbeihilfe Neu haben und deren Haushaltseinkommen (inkl. 13. und 14. Gehalt) die nachfolgenden Grenzen nicht übersteigt: Alleinstehende Personen 805 Euro, Ehepaare 1.232 Euro.“

Das ist der springende Punkt: Bisher haben Bezieher kleinster Einkommen auch bei Bezug der Wohnbeihilfe diese Unterstützung erhal-

ten. Nun gibt es die Wohnbeihilfe Neu, bei der auch ein Teil der Heizkosten gefördert wird und die dadurch für Bezieher kleiner Einkommen leicht erhöht wurde.

Trotz explodierender Heizkosten wird mit dieser Begründung den Beziehern dieser Wohnbeihilfe Neu ein zusätzlicher Heizkostenzuschuss des Landes gestrichen. Frei nach dem Motto: Mit einer Hand geben, mit der anderen nehmen.

Die KPÖ hat deshalb im Landtag den Antrag eingebracht, den Heizkostenzuschuss des Landes auch den Mindestpensionistinnen und -pensionisten, welche die Wohnbeihilfe Neu beziehen, weiterhin zu gewähren. Hier geht es schließlich um die Ärmsten der Armen! Der KPÖ-Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen abgelehnt.

KOMMENTAR

Herberstein: Einen Erfolg hat es gegeben!

Von LAbg. Werner Murgg



Während der vergangenen Tage bin ich als Ausschussvorsitzender immer wieder gefragt worden: Was ist bei diesem Untersuchungsausschuss tatsächlich herausgekommen?

Bis vor kurzem hat es keine einheitliche Kontrolle der Fördermittel durch das Land gegeben, Mehrfachförderungen konnten deshalb nicht ausgeschlossen werden. So hat der höchste Beamte des Landes, Landesamtsdirektor Gerhard Wielinger, auf mein Nachfragen im Ausschuss geantwortet, die Landesregierung habe die Förderkontrolle erst 2005, nach Vorliegen des Rechnungshofberichtes über Herberstein, zum Thema gemacht. Da fragt man sich: Was war all die Jahrzehnte vorher?

Ein Ergebnis des Ausschusses besteht darin, daß jetzt ein ordentliches Fördercontrolling eingerichtet wird! Immer wieder kam bei der Befragung der Zeugen zur Sprache, ob dem Unternehmen Herberstein Zusagen über Fördermittel gemacht wurden. Da geistert die Summe von 120 Millionen Schilling herum, 8,7 Millionen Euro. Dass es derartige Versprechungen gegeben habe, wurde von den befragten Politikern bestritten.

Trotzdem bleibt ein Verdacht! Warum? Zieht man von den 8,7 Millionen Euro die 2,9 Millionen ab, welche Herberstein über die stille Beteiligung des Landes im Jahre 2002 gewährt wurden, bleiben 5,8 Millionen. Und diese 5,8 Millionen tauchen im Entwurf der Ferialverfügung, mittels der Herberstein im Sommer 2004 eine weitere Million Euro ausbezahlt wurde, als eine Begründung für die Auszahlung auf!

Ich habe von Anfang an darauf gedrängt, als Zeugen auch Mitarbeiter des Tierparks zu laden. Das hat bei den Vertretern von ÖVP und SPÖ anfänglich für Kopfschütteln gesorgt. Ich habe auf der Befragung dieser Zeuginnen und Zeugen beharrt. Ein Tierarzt, eine Zoologin, ein Sachverständiger für Artenschutz, der ehemalige Gutsverwalter und eine Tierpflegerin haben erschütternde Aussagen über die Tierhaltung gemacht.

Sie haben wahrscheinlich die Geschichte von den erschlagenen Wolfsjungen bereits in den Zeitungen gelesen. Eine Tierpflegerin berichtete darüber, wie mit Beschwerden der Mitarbeiter umgegangen wurde. Aus Angst vor Sanktionen habe man sich nicht getraut, einen Betriebsrat zu gründen. Im Winter hätten die Tierpflegerinnen einmal über Nierenschmerzen geklagt, hervorgerufen durch Fahrten mit einem Elektrowagen ohne Schutz vor Kälte. Als sie das bei den Verantwortlichen vorbrachten, sei ihnen bedeutet worden, die Nierenschmerzen rührten daher, dass sie so früh Geschlechtsverkehr gehabt hätten.

Der Ausschuss hat hoffentlich dazu beigetragen, diese spätfeudalen Ungeheuerlichkeiten abzustellen. Nun trägt das Land Steiermark als Pächter des Tierparks die Verantwortung. Sie besteht in erster Linie gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Tierparks, selbstverständlich aber auch gegenüber den im Park gehaltenen Tieren. Diese Fragen im Ausschuss überhaupt zur Sprache gebracht zu haben, sehe ich bereits als Erfolg!

werner.murgg@kpoe-steiermark.at

2007: Wenig Geld für die Pensionisten

Um nur 1,6 Prozent oder maximal 30,72 Euro sollen die Pensionen 2007 erhöht werden.

Ein Raubzug gegen den Lebensstandard der älteren Generation ist geplant: Die Pensionen sollen 2007 nur um viel zu geringe 1,6 Prozent, maximal aber um 30,72 Euro erhöht werden! Heuer waren die Pensionen immerhin um 2,3 Prozent angehoben worden. Im Gegensatz dazu warten auf Wolfgang Schüssel, Elisabeth Gehrler und Co Pensionen in der Höhe von 12.000 Euro! Für die KPÖ ein Hohn gegenüber den Pensionisten. Ein dringlicher Antrag der KPÖ nach einer größeren Erhöhung wurde wenigstens vom Grazer Gemeinderat einstimmig abgesehen.

„Die geplante Pensionserhöhung liegt weit unter der Inflationsrate, während es bei Grundnahrungsmitteln und beim Wohnen kräftige Preissteigerungen gibt“, kritisiert der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder. „Ich sehe in meiner täglichen Arbeit, wie schwer es für viele ältere Menschen ist, mit dem Geld auszukommen. Allein die Mieten sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen: Von 2001 bis 2005 um 16 Prozent und damit doppelt so stark wie die Inflationsrate“, ergänzt die Grazer KPÖ-Wohnungstadträtin Elke Kahr.



KPÖ-SOZIALPOLITIK IM LANDTAG

„Den Schwachen eine Stim

von LAbg. Claudia Klimt-Weithaler, Sozialsprecherin des KPÖ-Landtagsklubs



Die KPÖ ist eine soziale Partei. Eine Partei, die für die Menschen da ist und für sie nützlich ist. Mit mehreren Initiativen machte sich KPÖ 2006 für benachteiligte Bevölkerungsgruppen stark.

In vielen persönlichen Gesprächen wird uns bestätigt, dass die Politik der steirischen KPÖ den Nerv vieler Menschen trifft.

KPÖ will den Sozialpass einführen!

Einer unserer ersten Anträge im Sozialausschuss des Landtages lautete: „**Einführung eines Sozialpasses für Menschen mit geringem Einkommen**“. Finanziell schlechter gestellte Menschen dürfen vom gesellschaftlichen Leben nicht ausgeschlossen werden! Ein Sozialpass soll sie zu freiem oder stark ermäßigtem Eintritt zu öffentlichen bzw.

öffentlich subventionierten Kultur-, Sport- und Bildungseinrichtungen berechtigen und eine vergünstigte Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel beinhalten.

Neun Monate später bekamen wir endlich Antwort aus dem Büro des zuständigen Landesrates Kurt Flecker, der meinte, er habe mit seiner Initiative „Hunger auf Kunst“ viel für sozial Schwache getan. Kulturell gesehen ja, doch die Menschen haben nicht nur Hunger auf Kunst! Alle Mitglieder der Landesregierung sind aufgefordert, zu einer Lösung beizutragen, die es finanziell schlechter gestellten Menschen ermög-

licht, alle öffentlichen Einrichtungen zu erschwinglichen Preisen zu nutzen. Dass ein solcher Sozialpass möglich und finanzierbar ist, hat z.B. die Stadt Linz mit dem „Aktivpass“ bewiesen. Die KPÖ wird sich weiterhin für die Einführung eines Sozialpasses in der Steiermark einsetzen!

Gegen Einbettzimmerzuschläge in Pflegeheimen

Wir sind für eine ausreichende finanzielle Absicherung der persönlichen Bedürfnisse von HeimbewohnerInnen. Personen, die in Pflegeheimen wohnen, müssen laut Sozialhilfegesetz 20 % ihrer Pension und die Sonderzahlungen zur Abdeckung ihrer persönlichen Bedürfnisse bleiben, dazu

me geben!"

ein monatliches Taschengeld von rund 42 Euro, wenn sie Pflegegeld beziehen.

In der Praxis sieht das leider anders aus: Durch die Einführung von Einbettzimmerzuschlägen, die zwischen 90 und 300 Euro pro Monat liegen, werden diese gesetzlichen Bestimmungen unterlaufen.

Auch dazu hat die KPÖ bereits im Jänner 2006 einen Antrag im Landtag eingebracht. Die Landesregierung wurde aufgefordert, rasch ein Modell auszuarbeiten, das die ursprünglich festgelegte, finanzielle Absicherung der persönlichen Bedürfnisse von HeimbewohnerInnen wieder herstellt und welches weder die Gemeinden noch die Angehörigen belastet.

Eine Stellungnahme von der Landesregierung bestätigt die Ungerechtigkeit und möchte eine Beschränkung des Einbettzimmerzuschlages vorsehen. Die zuständige Fachabteilung des Landes hat uns jedoch mitgeteilt, dass diesbezügliche Verhandlungen mit den HeimbetreiberInnen noch nicht abgeschlossen sind.

Eine Stärke der KPÖ ist es, lebenswichtige Anliegen der Menschen nicht aus den Augen zu verlieren. Wir werden nicht aufhören, bis es eine Änderung zugunsten der Heimbewohner und Heimbewohnerinnen geben wird.

Gerechte Unterstützung für alle

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit ist, ungleiche und schlechte Behandlung von Sozialhilfebeziehern aus dem Weg zu räumen. Vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich – aber nicht alle bekommen die Unter-

stützung, die ihnen zusteht! Karin Gruber, Mitarbeiterin im KPÖ Landtagsklub, macht Sozialberatung, indem sie Sprechstunden im Landhaus und in den Regionen abhält. Wir arbeiten eng zusammen, wenn es um soziale Fragen geht. Durch ihre Arbeit ist uns z.B. aufgefallen, dass es – durch eine unklare Formulierung im Sozialhilfegesetz je nach Auslegung des Gesetzestextes durch die jeweilige Behörde – zu einer Ungleichbehandlung von SozialhilfeempfängerInnen ohne und jenen mit Einkommen kommt.

Unser Antrag auf eine dahingehende Novellierung des Sozialhilfegesetzes wurde leider abgelehnt. Allerdings wurde eine Rechtsmitteilung an die Bezirkshauptmannschaften ausgesendet, in der über die richtige Vorgehensweise informiert wurde.

Für eine Sozialhilfewanwaltschaft

Damit es Menschen künftig leichter haben, zu Informationen, ihrem Recht und auch zu dem ihnen zustehenden Geld zu kommen, setzen wir uns für die Einrichtung einer **Sozialhilfewanwaltschaft** ein. Ein dementsprechender Antrag wird derzeit von der Landesregierung behandelt.

Helfen statt reden

Wenn Sie Probleme haben und/oder Sozialberatung brauchen, melden Sie sich bei uns unter 0316/877 51 01 im Landhaus oder kommen Sie in unsere Sprechstunde – wir sind für Sie da!

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

KPÖ–Ernest Kaltenegger, Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz, Fax 0316/877 5108 oder email: volksstimme@kpoe-steiermark.at

HILFE IN SOZIALFRAGEN

von Karin Gruber, Diplomsozialarbeiterin und Sozialexpertin der KPÖ Steiermark



Achtung auf die Höhe der Sozialhilfe

Menschen ohne Einkommen oder mit einem Einkommen unter dem Existenzminimum haben einen Rechtsanspruch auf Sozialhilfe. Die Sozialhilfe ist in den Gemeinden bzw. beim Magistrat zu beantragen und wird von den Bezirkshauptmannschaften (BH) gewährt. Dabei gibt es Sozialhilferichtsätze für den Lebensbedarf.

Im Jahr 2006 beträgt der Richtsatz für einen Alleinstehenden 499 Euro pro Monat. Dieser Richtsatz wird 14 Mal jährlich ausbezahlt – mit Sonderzahlungen im Juni und im November. Personen ohne eigenes Einkommen bekommen demnach pro Jahr 6.986 Euro.

Bei Personen mit Einkommen wird dieses vom Richtsatz abgezogen. Das Ergebnis ist die so genannte „Richtsatzergänzung“. Ein Beispiel: Eine alleinstehende Frau erhält 400 Euro Unterhalt. Diese 400 Euro werden vom Sozialhilferichtsatz abgezogen, wodurch eine monatliche Sozialhilfe von 99 Euro übrig bleibt.

Personen mit Unterstützung vom AMS (Arbeitslosenunterstützung oder Notstandshilfe) und Personen mit Unterhaltsanspruch erhalten diese Geldleistungen aber nur 12 Mal pro Jahr. Wird nun die Sonderzahlungen im Juni und November nicht in voller Höhe von 499 Euro ausbezahlt, kommt es zu einer Ungleichbehandlung gegenüber Personen ohne Einkommen. Tatsächlich haben einige BH die Sonderzahlungen im Juni und im November nur in der Höhe der Richtsatzergänzung ausgezahlt.

Wir bleiben bei unserem Beispiel. Die alleinstehende Frau erhält von der BH monatlich eine Richtsatzergänzung in der

Höhe von 99 Euro und als Sonderzahlung zusätzlich 99 Euro im Juni und im November. Ihr Jahreseinkommen beträgt also insgesamt 6.186 Euro, während Sozialhilfebezieherinnen ohne eigenes Einkommen auf 6.986 Euro kommen – um 800 Euro mehr.

Diese Frau kam zur KPÖ in die Sozialsprechstunde. Wir halfen ihr bei der Berufung, die erfolgreich war. Die Frau bekommt nun die 499-Euro-Sonderzahlungen im Juni und im November und ist nicht mehr schlechter gestellt als eine Sozialhilfeempfängerin ohne eigenes Einkommen.

Die Sonderzahlungen sind im Sozialhilfegesetz unter § 8 (5) geregelt und zwar unter dem Wortlaut: „Richtsatzgemäße Geldleistungen sind in den Monaten Juni und November in doppelter Höhe zu gewähren.“ Diesen Gesetzestext haben einige Bezirkshauptmannschaften anders ausgelegt. Die KPÖ stellte im Landtag einen Antrag auf eine klarere Formulierung im Gesetzestext – dies ist bis heute nicht passiert.

Nun haben alle Menschen, die Sozialhilfe als Richtsatzergänzung beziehen und deren eigenes Einkommen (Arbeitslosenunterstützung, Notstandshilfe, Pensionsvorschuss, Unterhalt) nur 12 mal jährlich gewährt wird, Anspruch auf je 499 Euro im Juni und im November. Dieser Anspruch besteht sofort und nicht erst nach einiger Zeit.

DSA Karin Gruber
KPÖ-Landtagsklub, Herreng. 16,
8010 Graz,
Tel: 0316/877/5101
Fax.Nr.: 0316/877/5108
E-Mail: karin.gruber@stmk.gv.at

Heimvertrag am Rücken des Personals

Alle Pflegeheime, für deren Pflegeinsassen die Sozialhilfverbände – und damit die öffentliche Hand – in Zukunft Kosten übernehmen, müssen mit dem Land Steiermark einen Heimvertrag abschließen. Damit sollen, glaubt man den Äußerungen des zuständigen Landesrates Kurt Flecker (SPÖ), gewisse Mindeststandards gewährleistet werden. Der nun vorliegende Vertrag birgt allerdings einige Fußangeln; vor allem für das Personal.

Dennoch der Heimvertrag sieht lediglich vor, „... dass für die Pflegeeinrichtung ein in Österreich gültiger Kollektivvertrag entsprechend den Bestimmungen des Arbeitsverfassungsgesetzes Anwendung findet.“ Das klingt gut, birgt aber folgende Falle: Man muss wissen, dass für Pflegeheime eigentlich der für die Bediensteten bessere BAGS-Kollektivvertrag anzuwenden wäre und nicht der Privatkrankenanstalten-Kollektivvertrag, den jedoch die meisten Heimbetreiber anwenden.

Laut Heimvertrag ist das zulässig, da der Kollektivvertrag für die Privatkrankenanstalten ein in Österreich gültiger Kollektivvertrag ist. Die Arbeiterkammer plant deswegen, zusammen mit den zuständigen Gewerkschaften Musterprozesse zu führen.

Eine weitere Schwachstelle im Heimvertrag ist der Mindestpersonalschlüssel. Jeder, der die tägliche Realität in den Pflegeheimen ein wenig kennt, wird zugeben, dass bereits jetzt das Personal oft an den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit angelangt ist. Und das, obwohl die im Steiermärkischen Pflegeheimgesetz geregelte Personalschlüsselverordnung in vielen Heimen ohnehin sogar übertroffen wird.

Mindestpersonal

So beschäftigt die steirische Volkshilfe in ihrem Heimen beispielsweise rund 20 Prozent mehr Personal, als das Pflegeheimgesetz vorschreibt. Trotzdem sieht der neue Heimvertrag als Mindestpersonalschlüssel lediglich die Personalschlüsselverordnung des Pflegeheim-



„Weg mit Einzelzimmerzuschlag“, fordert die KPÖ

gesetzes vor. In Ausnahmefällen darf vorübergehend sogar dieser Mindestpersonalstand unterlaufen werden! Hier wird mit den Interessen einer ganzen Berufsgruppe Schindluder getrieben.

Im Landtag haben die KPÖ-Abgeordneten Renate Pacher und Werner Murgg das Problem zum Thema zweier Anfragen an Soziallandesrat Kurt Flecker gemacht. Renate Pacher: „Was werden Sie unternehmen, damit in allen Pflegeheimen der bessere BAGS-Kollektivvertrag angewendet wird?“ Werner Murgg stellte folgende Frage: „Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um den im Pfe-

geheimgesetz vorgesehenen Mindestpersonalschlüssel an die Erfordernisse der Realität anzupassen?“ Kurt Flecker nannte eine Anhebung des Personalschlüssels „sinnvoll“, es fehle jedoch das Geld. Sobald dieses vorhanden sei, will er die notwendige Anhebung vollziehen.

Beim Kollektivvertrages erklärte sich Flecker nicht zuständig. Das sei Bundessache. Allerdings sei der ÖGB ohnehin gerade dabei, eine Klärung auf dem Rechtsweg herbeizuführen. Sollte sich herausstellen, dass der BAGS-KV angewendet werden müsse, werde er, Flecker, reagieren.

Psychosomatisches Zentrum Bad Aussee: Kritik des Landesrechnungshofes

In Bad Aussee errichtet und betreibt die private Romed eine psychosomatische Modellklinik mit 100 öffentlichen und 25 privaten Betten. Ein Drittel der Errichtungskosten von 5,8 Millionen

Euro übernimmt das Land Steiermark. Außerdem hat sich das Land verpflichtet, maximal 4,25 Millionen Euro bis zum Jahr 2008 zur teilweisen Finanzierung des Betriebes zu übernehmen. Das

wurde im Jänner im Landtag beschlossen.

Die KPÖ hat dagegen gestimmt. Sie sieht die Gefahr, dass im Laufe der Zeit die 100 öffentlichen Betten zu Gunsten der für Romed lukrativen Privatbetten reduziert werden könnten bzw. dass der wichtige Bereich der Behandlung psychosomatischer Erkrankungen in den Einflussbereich privatwirtschaftlicher Interessen gerät.

Nun liegt zu diesem Thema auch ein kritischer Rechnungshofbericht vor. Dort heißt es unter anderem: „... der Projektbetreiber hätte zu

erläutern gehabt, worin der geplante Nutzen der Gesellschaft bestehen wird, da der Eigentümer...nicht das Land Steiermark..., sondern eine auf Gewinn gerichtete Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Deutschland ist.“

Letztlich wird Romed über die 25 Privatbetten alleine den Gewinn einstreifen. Werner Murgg (KPÖ) hat den zuständigen Landesrat Helmut Hirt (SPÖ) im Kontrollausschuss mit dieser Kritik konfrontiert. Helmut Hirt argumentierte, eine Landesbeteiligung an den 25 Privatbetten sei nicht möglich gewesen.

Foto: Ralf Tornow



ERFOLGE FÜR DIE KPÖ

Eine kleine Jahresbilanz

Im Jahr 2006 wuchs die Kluft zwischen Arm und Reich. Spitzenmanager verdienen Unsummen, Otto Normalverbraucher stöhnt unter hohen Kosten für Sprit, Heizung, Strom – fürs Leben eben.

Österreich am Scheideweg: Auf der einen Seite die Spitzenmanager von OMV, Post, ESTAG, BAWAG, die nicht nur durch gewaltige Gehälter auffallen, sondern auch durch gewaltige Fehlleistungen. Auf der anderen Seite die immer größere Zahl an Arbeitern, Angestellten, Pensionisten, die Monat für Monat jeden Cent umdre-

hen müssen. Eine Million Österreicher lebt an der Armutsgrenze.

Die KPÖ im Landtag machte konsequent gegen diese Missstände mobil; zuletzt mit dem steirischen Reichtumsbericht des KPÖ-Bildungsvereins, der die ungerechte Geldverteilung in der Steiermark aufdeckt. Eine Gegenmaßnahme: Unter dem Motto „Geben statt Nehmen“ bekommen Steirer in Not einen Gutteil des Gehalts von KPÖ-Politikern. Und mit der Initiative „Wohnen auf Kasernengrund“ kämpft die KPÖ um Bauplätze für mehr leistbare

Gemeindewohnungen.

Gleichzeitig geht es für die KPÖ um die Kontrolle bei den Machenschaften der Mächtigen. Unter KPÖ-Vorsitz brachte ein Untersuchungsausschuss im Landtag Licht ins Dunkel um den Tierpark Herberstein und die Förderungen der Adelsfamilie mit Steuergeldern. Und die KPÖ-Warnungen um das Ökoprot-Projekt des Umweltamtes, bei dem 100.000e Euro im tunesischen Wüstensand versickerten, gipfelte in der Verurteilung der Beteiligten.

Ernest Kaltenegger möchte – vor allem für Graz – einneu-



Ernest Kaltenegger und die steirische KPÖ wünschen alles Gute und viel Glück für das kommende Jahr!

es Altstadtgesetz erreichen, das der Baulobby das Verkommenlassen und Abreißen von historischen Häusern schwerer machen sollte.

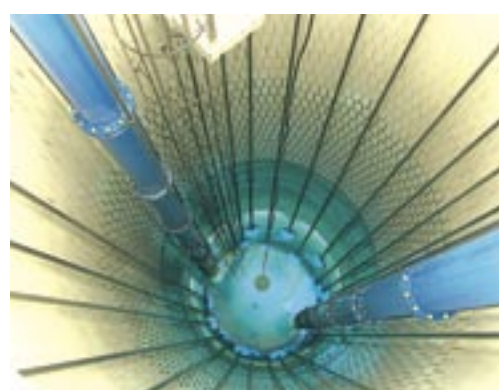
Im Landtag machte die KPÖ erfolgreich gegen die Privatisierung des Trinkwassers mobil. Die KPÖ setzte die Fortführung des Heizkostenzuschusses durch.



KPÖ will Altstadtgesetz nach Kommodhaus-Abriss



KPÖ brachte Licht in den Herberstein-Sumpf



Kein Verkauf der heimischen Wasserreserven

Maria Cäsar, Zeitzeugin

Maria Cäsar ist nun seit mehr als 20 Jahren als Zeitzeugin in den steirischen Schulen, aber auch in Erwachsenenbildungseinrichtungen tätig. Was sie dort aus der Geschichte des antifaschistischen Widerstands erzählt, ist ein Stück steirischer Zeitgeschichte. Denn wie keine andere spricht sie ihre Zuhörer – ob jung, ob alt – an.

Anlässlich ihres 86. Geburtstags ist ihre Lebensgeschichte in Buchform erschienen.

Maria Cäsar wurde 1920 im heutigen Slowenien geboren. Ihre Kindheit und Jugend

verbrachte sie in Judenburg, wo sie sich der sozialdemokratischen Jugendorganisation Rote Falken anschloss. Nach deren Verbot 1934 trat sie dem illegalen kommunistischen Jugendverband (KJV) bei, der Widerstand gegen das austrofaschistische Regime leistete. 1941 wurde sie zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, 1944 tauchte sie in Slowenien unter.

1950 zog sie nach Graz, lebte mit ihren beiden Kindern in einer Baracke im Lendviertel. In Graz wurde sie innerhalb der KPÖ



und fortschrittlichen Frauenorganisationen aktiv. So war sie u.a. Vorsitzende des Bundes Demokratischer Frauen in der Steiermark. Als Vorsitzende des steirischen Landesverbandes ehemals

politisch Verfolgter (KZ-Verband) wirkt sie zudem für jene Frauen und Männer, die während der Jahre 1934 und 1945 politisch verfolgt wurden.

BUCHTIPP: „Ich bin immer schon eine politische Frau gewesen.“ Maria Cäsar – Widerstandskämpferin und



Zeitzeugin. Hg. v. Heimo Halbrainer, Graz 2006, ISBN-13: 978-902542-00-7, 164 Seiten mit zahlreichen Abb. Euro 12,00

Erhältlich im Buchhandel oder bei CLIO. Fax: 0316 / 35 71 94, E-mail: verlag@clio-graz.net, www.clio-graz.net.

Das Leben unter drei Handymasten

Drei Handymasten senden täglich direkt über Resi Stieglers*) Wohnung in Kapfenberg. Die Pensionistin leidet seit Jahren unter hohen Strahlungswerten.

Resi Stieglers*) bewohnt die oberste Wohnung eines Hochhauses über den Dächern von Kapfenberg, mitten im Zentrum der Böhlerstadt. Drei Handymasten stehen am Dach, direkt über ihrer Wohnung. Die gepulste, hochfrequente Strahlung macht der Pensionistin das Leben zur Hölle.

„Inzwischen schläft nicht einmal mehr mein Enkelkind bei mir“, erzählt Frau Stieglers mit Tränen in den Augen, „man kann sich nicht mehr konzentrieren, nicht lesen, muss einfach raus“. Mehr als 300 Mikrowatt/m² macht die von den Masten ausgehende Strahlung in ihrem Schlafzimmer aus; einen Mikrowatt/m² empfehlen Umweltmediziner. Die Messwerte im Bad und in einem Arbeitszimmer sind noch höher. „Die Masten wurden aufgestellt, weil an-

geblich alle Bewohner dafür waren“, erzählt sie, „aber mich hat nie jemand gefragt. Jetzt kassiert die Gemeinde und ich leide“. Ihr verstorbener Mann „war sehr arm“ und sei daran psychisch zu Grunde gegangen.

Seit 35 Jahren wohnt sie in der Gemeindefunktion. „Ich war schon beim damaligen Bürgermeister Manfred Wegscheider. Der war entgegenkommend und hat mich gefragt, wo ich hinziehen möchte. Die Gemeinde müsste mir wenigstens eine Ablöse zahlen. Aber am liebsten möchte ich ja hier bleiben, nur so ist das nicht mehr meine Wohnung“, berichtet sie.

Seit Wegscheider weg ist, habe sie bei der Gemeinde einen schwereren Stand und sei sogar „rausgeschmissen“ worden. Die jetzige Bürgermeisterin Brigitte Schwarz lässt in

Zeitungen verkünden, dass in Kapfenberg auf Gemeindegrundstücken keine Handymasten aufgestellt werden. Das Hochhaus, in dem Frau Stieglers wohnt, ist allerdings ein Haus der Stadtgemeinde. „Ich werde krank gemacht vom Staat, der die Mobilfunkbetreiber unterstützt. Andere verdienen, während ich leide“, versteht Resi Stieglers die

Welt nicht mehr.

Für die KPÖ ist ein derartiger Umgang mit Menschen untragbar. „Wir fordern, dass die Stadtgemeinde die Verträge mit den Mobilfunkbetreibern löst und Handymasten von Wohnhäusern wieder abmontieren lässt, wenn darunter Menschen leiden“, so KPÖ-Sprecher Clemens Perteneder. *) Name geändert



PSYCHISCH AM ENDE: Kapfenbergerin leidet unter Handymasten.

GEHEIMKONTO BEI GEMEINDE KNITTELFELD

Ein zweiter Fall für den Staatsanwalt

Gleich zwei Knittelfelder Ereignisse beschäftigen zur Zeit den Staatsanwalt: Unter Mitwirkung einiger Gemeindefunktionäre und unter Ausschaltung des Gemeinderates wurde die örtliche Sparkasse in eine Privatstiftung umgewandelt. Nun ist bei der Gemeinde ein Geheimkonto aufgetaucht.

Die Umwandlung in eine Stiftung bedeutet, dass der Verkaufserlös nicht wie bei anderen Sparkassenverkäufen in die Gemeindekasse fließt, sondern bei der Stiftung verbleibt. Die Gemeinde hat auf Auflösung der Stiftung geklagt und die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. In erster Instanz hat die Gemeinde nun Recht bekommen. Die Stiftungsräte haben allerdings Rekurs eingelegt.

Nun empört ein zweiter Vorfall die Knittelfelder Bevölkerung. Es wurde bekannt, dass bei dieser Bank im Jahre 1993 ein Gemein-

dekonto eröffnet wurde. Von der Existenz dieses Kontos hat laut bisherigen Behauptungen nur der Finanzdirektor der Gemeinde etwas gewusst. Er hat von diesem Konto aus Gemeindevorhaben vorfinanziert. Dieses Konto weist nun einen Schuldenstand von 3,6 Millionen Euro aus.

Allein an Zinsen für dieses Konto sind von 1999 bis jetzt 1,6 Millionen Euro angefallen. Normal ist, dass über ein solches Konto nicht nur eine Person verfügen kann und dass über die Eröffnung eines solchen Kontos sowohl bei der Gemeinde, als

auch bei der Bank Unterlagen aufliegen müssen. Diese Unterlagen sind aber nicht auffindbar.

Nicht die vorhandenen Kontrollorgane haben die Existenz des Geheimkontos aufgedeckt. Die Sache kam ans Tageslicht, weil der neue Besitzer der Sparkasse die Begleichung der Schulden eingefordert hat. Die drei Knittelfelder KPÖ-Gemeinderäte gehen davon aus, dass der derzeitige Bürgermeister nichts von diesem Konto gewusst hat. Aber sie kritisieren, dass er, obwohl er schon im März über dieses Konto informiert wurde, erst ein halbes Jahr später – nach den Nationalratswahlen – den Gemeinderat, die Gemeindeaufsicht und den Staatsanwalt davon in Kenntnis gesetzt hat.

Da die vorhandenen Kontrollmöglichkeiten offensichtlich nicht ausreichen, ist es möglich, dass so etwas auch in anderen Gemeinden passieren kann. Deshalb hat KPÖ-Labg. Renate Pacher diesen Sachverhalt in einer Anfrage an LH Voves herangetragen und Verbesserungen gefordert.

Nachsatz: Drei Sparkassen-Stiftungsräte, waren Präsidenten des örtlichen Golfklubs, dessen Errichtung möglicherweise mit Stiftungsgeldern gefördert wurde. Sie haben nun gleichzeitig ihre dortige Funktion zurückgelegt. Wenn sie nun für eine Auflösung der Stiftung eintreten würden, könnte die Gemeinde leichter den Schaden beheben, der für die Knittelfelder durch dieses Geheimkonto entstanden ist.

Nur das Glasmuseum bleibt Bärnbach erhalten. Teile der Produktion – vornehmlich die Glasveredelung – werden ins billigere Polen verlegt, obwohl das Bränbacher Werk wirtschaftlich gut dasteht.



GLASVEREDELUNG NACH POLEN

Bärnbach: 41 Jobs weg

Weiter „Sparkurs“ bei Stölzle Oberglas. 41 Arbeitsplätze werden nach Polen verlegt, obwohl das weststeirische Werk in der Gewinnzone liegt. Ein Deutscher Geschäftsmann profitiert.

DIE GLASSTIFTUNG

2005 wurde eine Glasstiftung ins Leben gerufen, um jenen 75 Mitarbeitern der Stölzle Glashütte unter die Arme zu greifen, die damals „frei gesetzt wurden“. Nun soll die Stiftung aufgestockt werden, um die aktuellen Kündigungen abfedern zu können. 175.000 Euro sind nötig, wobei es Zusagen von Sozialreferent Kurt Flecker und vom Betriebsrat gibt. Das Unternehmen ziert sich jedoch, seine Hälfte davon zu finanzieren.

Glück und Glas, wie leicht bricht das. – Wie wahr dieses Sprichwort ist, zeigt sich in Bärnbach, wo nach 70 Jobs im Vorjahr nun weitere 41 Arbeitsplätze gestrichen werden. Die im Vorjahr gegründete „Glasstiftung“ soll erweitert werden, um die Probleme zu mildern. „Mit dem hier verdienten Geld fährt Herr Cornelius Grupp ab, um in Polen oder sonst wo noch mehr zu verdienen“, so KPÖ-Bezirkssprecher DI Klaus Pibernig.

Der KPÖ-Politiker betont, dass Grupp die 1987 um einen Schilling erworbene Glasproduktion in der Weststeiermark Zug um Zug heruntergefahren habe: „Hat schon jemand gefragt, ob alle mit dem symbolischen Kauf

verbundenen Verpflichtungen und Zusagen eingehalten wurden?“

Nun wird die Glasveredelung nach Polen verlagert – wegen zu hoher Transport-, Energie- und Lohnkosten. Dabei liegt der Stundenlohn der Betroffenen bei rund sieben Euro, so ÖGB-Bezirkssekretär Franz Halper. Pibernig: „Die Region Voitsberg-Köflach war noch vor wenigen Jahren ein angesehenes Industriegebiet. Wie lange müssen wir uns das noch gefallen lassen, wie mit den Menschen aus Profitgier umgegangen wird? Wir brauchen kein Museum, wir brauchen Arbeitsplätze!“

Bei besagtem Jobabbau 2005 zeigte sich Landeshauptmann Franz Voves

kämpferisch: „Obwohl das Unternehmen in der Weststeiermark positive Zahlen schreibt, verlegt der Konzern zur Gewinnmaximierung 100 Arbeitsplätze in ein Billiglohnland. Dieses negative Beispiel zeigt, wie wichtig die Schaffung der Steiermark-Holding wäre. Schließlich könnte die öffentliche Hand mit Beteiligungen an Unternehmen derartigen Abwanderungen einen Riegel vorschieben.“ Inzwischen wurde es still um seine Holding. Die steirischen Arbeitsplätze gehen weiter verloren.

Noch im März feierte man bei Stölzle übrigens den neuen Schmelzofen im Köflacher Werk, der über Jahre hinweg 300 Arbeitsplätze sichern soll...

Neustart für Kraftwerk Voitsberg?

Man redet wieder über die Zukunft des Kraftwerks Voitsberg III, das mit polnischer Steinkohle und Biomasse weiter betrieben werden könnte.

Die Nationalrats-Abgeordnete Elisabeth Grossmann meinte laut „Kleiner Zeitung“, die Entscheidung, das Kraftwerk Voitsberg III vom Netz zu nehmen, sei wirtschafts- und energiepolitischer Nonsens. Für den Bezirk Voitsberg ist es zusätzlich ein beschäftigungspolitischer Nonsens.

Denn Kohle ist genug da, um das Kraftwerk noch weit über das Jahr 2008 beliefern zu können. Nur die Politik war nicht fähig, zwischen Betreiber ÖDK und Kohlelieferer GKB zu vermitteln. Die Forderung nach einem Fortbestand blieb aus. Stattdessen pocht man auf eine 380 kV-Leitung durch die Steiermark, um Strom zu transportieren, den man selbst produzieren könnte. Statt auf Voitsberg III zu setzen, treibt der Verbund den Bau eines Großkraftwerkes auf Erdgasbasis mit etwa der dreifachen Leistung von Voitsberg III voran – mit allen Risiken das russische Erdgas betreffend.

Voitsberg III möchte man möglicherweise mit einer Mischung aus polnischer Steinkohle und Biomasse befeuern – mit allen Transport- und Lager- und Verarbeitungsproblemen. Dabei liegt die Primärenergie für das Kraftwerk direkt vor dessen Türe, Menschen wären wieder beschäftigt und ein gewisses Maß an Eigenständigkeit österreichischer Energieversorgung wäre gegeben.

Geselligkeit und Hilfe für Pensionisten

Den Zentralverband der Pensionisten gibt es seit 1924. Er ist somit der am längsten bestehende Verband für Pensionisten in Österreich.

Der Zentralverband hilft nicht nur Sozial- und Rechtsfragen sondern organisiert auch Ausflüge und Freizeitaktivitäten für die ältere Generation. In vielen steirischen Gemeinden gibt es Ortsgruppen. Wenn Sie Mitglied werden wollen oder sich einfach an Ausflügen oder anderen Aktivitäten beteiligen wollen, rufen Sie bitte unser Büro in Graz an: Es ist von Montag bis Freitag von 10 bis 12 Uhr unter Tel. 0316/ 71 24 80 erreichbar.



SPRECHTAGE

des Zentralverbandes
der Pensionisten

Montag bis Freitag
von 10.00 bis 12.00 Uhr
Lagergasse 98a, 8020 Graz

Tel. 0316/71 24 80

um Voranmeldung wird gebeten.

Wir helfen und beraten bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Absetzbeträgen für Lohnsteuer wie Erwerbsminderung, Diät, usw.
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- bei anderen Problemen

TEURE LIFTKARTEN Schifahren ist purer Luxus

Bis zu 37 Euro (509 Schilling) kostet eine Tageskarte fürs Liftfahren auf steirischen Schibergen. Für Familien ist ein Tagesausflug zur Schipiste ein teures Vergnügen.

Zwa Brettln, a gführiger Schnee, oje...“ – So müssen immer mehr Schifahrer ihr Lied auf den Wintersport anstimmen. Denn wer mit Schi zu Tal düsen will, muss immer mehr ans Eingemachte des Sparschweins gehen. Einmal ganz abgesehen von den Preisen für Schi, Stöcke, Schischuhe oder Anzüge heißt es nämlich an der Liftkasse immer ordentlicher blechen. Etwa 37 Euro auf der Planai – um einen Euro mehr als im letzten Winter.

Viele steirische Pisten-

betreiber haben den Preis ihrer Tageskarten pünktlich zu Beginn der Wintersaison angehoben – nachdem man sich am Ende des letzten Winters vielerorts noch über die beste Saison überhaupt und Rekordeinnahmen freute. Als Grund für den Preisanstieg geben die Schigebiete an, dass die Kosten für die Beschneigung, für Treibstoffe und Löhne gestiegen seien.

Erwachsene zahlen nun je nach Größe des Schigebietes zwischen 20 und 37 Euro für einen Schitag, wobei sich alle bekannten Schiberge an der Obergrenze orientieren. Wochenpässe – sie gelten meist sechs Tage – schlagen mit 150 bis 175 Euro zu

Buche und sind damit nur mehr unwesentlich günstiger als eine entsprechende Sammlung von Tageskarten. Die Wochen-Kinderkarten bekommt man um rund 90 Euro.

Dass es so nicht sein muss, zeigen kleinere aber deshalb nicht weniger feine Schigebiete. Am Gaberl etwa kostet die Liftkarte für Erwachsene wie bisher „nur“ 20 Euro pro Tag.

Tageskarte (Euro)	Erwachsene	Kinder
Aflenzner Bürgeralm:	24 (330 öS)	14,50
Gaberl:	20 (275 öS)	13,50
Hebalm:	31 (426 öS)	19,50
Kreischberg:	30,50 (420 öS)	16
Planai:	37 (509 öS)	19
Präbichl:	29 (399 öS)	14,50
Riesneralm:	26 (358 öS)	14,50
Salzstiegl:	23,50 (323 öS)	14,10
Weinebene:	24 (330 öS)	14



Wer Schifahren geht, muss tief ins die Geldtasche greifen. Für eine 4-köpfige Familie kosten nur die Liftkarten für einen Tag bis zu 120 Euro – ohne Fahrt, Essen, Schiausrüstung. Viele Familien und damit der Schinachwuchs werden ausbleiben.

Politik-Stammtisch in Voitsberg

Seit 13 Monaten ist die KPÖ mit vier Abgeordneten im Steiermärkischen Landtag vertreten. Wir finden, es ist an der Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen.

Am Montag, den 11. De-

zember 2006, um 19 Uhr, findet im KPÖ-Bezirksheim, Conrad-von-Hötzendorfstraße 29, der **1. weststeirische Politik-Stammtisch** statt. Klubobmann LABg. Ernest Kaltenegger und LABg. Clau-

dia Klimt-Weithaler werden zu Gast sein, über ihre Arbeit im Landtag berichten und ihnen Rede und Antwort stehen. Kommen sie hin und reden sie mit! Wir freuen uns über ihren Besuch!

NEUE STROMFRESSER Brauche ich das digitale Fernsehen?

Das digitale Fernsehen ist da. Der ORF stellt um, die Kosten müssen allerdings die Konsumenten tragen.

Betroffen sind alle, die ihr Fernsehprogramm nicht über Kabel oder digital mit einem Satellitenreceiver mit ORF-Karte empfangen.

Wer ORF 1 und 2 sowie ATV über eine Haus- bzw. Dachantenne empfängt, braucht entweder ein neues, dvb-t-tägliche Fernsehgerät, einen digitale Sat-Anlage oder eine dvb-t-Box. Beides muss von den Gebührenzahlern selbst angeschafft werden. Für den Betrieb des zusätzlichen Gerätes entstehen natürlich auch noch zusätzliche Stromkosten.

Eine dvb-t-Box kostet in allen Geschäften, die Elektrogeräte führen, ab rund 40 Euro. Personen mit Gebührenbefreiung bekommen die Box ebenso günstiger wie jene



Seit 26. Oktober sendet der ORF in Graz digitale Signale

100.000 Österreicher, die als erstes die unlängst vom ORF verschickten Gutscheine für höherwertige Boxen einlösen. Denn die „Boxen“ sind nicht alle gleich. Die guten Stücke, die beim Teletext mehr können – also „mhp-fähig“ sind – gibt es erst über 100 Euro.

An sich steckt man die neue Box einfach zwischen Hausantenne und und TV-Gerät. Dann geht es ans Abstimmen für den perfekten Empfang. Ob die Installation

der dvb-t-Box wirklich allen Benutzern ohne professionelle Hilfe gelingt, wird sich erst zeigen.

Jedenfalls kann festgestellt werden, dass die Modernisierung des Fernsehens auf Kosten der Konsumenten stattfindet. Allein schon deshalb, weil die Besitzer von Video- oder DVD-Rekordern oder von mehreren Fernsehern pro Gerät eine dvb-t-Box brauchen. Die Wirtschaft freut es jedenfalls.

Neue Kosten durch neues Digital-TV

Die steirische Volksstimme fragt, was die Steirer vom digitalen Fernsehen halten und wissen.

Da hat man sich wieder etwas einfallen lassen, damit die Wirtschaft lebt! Für die armen Leute ist das Wahnsinn, wenn sie sich diese



Geräte kaufen müssen, nur, damit sie weiter fernsehen können. (Renate Strohmeier)



Nur mit speziellen Receivern kann man das digitale Signal empfangen. Ich wurde über die Medien entsprechend informiert. Mit Gutscheine bekommt man den Receiver

um 40 Euro günstiger. (DI Heinz Autischer, Elektrotechniker)

Ich habe keine Ahnung, welchen Sinn das haben soll. Vielleicht wirtschaftliche Gründe? Ich bin nicht betroffen, weil wir zu Hause keinen Fernseher haben. Vor allem ältere Leute werden überfordert sein.



(Claudia Knopper, Geburtsbegeleiterin)



Digital ist schick, analog ist out! Es gibt hier zwei Gerätetypen. Der Gutschein gilt nur für alle speziellen TÜV-zertifizierten

Geräte mit der besonderen Teletextfähigkeit. Die kosten um mindestens die 40 Euro mehr, die der Gutschein wert ist! (Thomas Rohrmoser, Softwarebranche)

Bild und Ton sollen besser werden. In letzter Zeit hört man ja viel zum Thema. Da gibt es neuerdings auch eine ganz nette



Werbung. Die Mindestpensionisten bekommen einen Gutschein und können das Gerät im Handel dann günstiger kaufen. (Karin Dorner, Floristin)

MEINUNG

REFORMEN SIND NACH DEN SKANDALEN UM ÖGB UND BAWAG GEFORDERT

Schlagkraft statt Bonzentum: Wir brauchen eine neue Gewerkschaft

Nach den Skandalen um die Gewerkschaftsbank BAWAG und den ÖGB dürfen die hochbezahlten ÖGB-Granden nicht weitertun, als ob nichts geschehen wäre. Die Gewerkschaftsbewegung muss wieder Boden unter den Füßen gewinnen. Mehr denn je brauchen die Menschen in diesem Land eine starke Interessenvertretung.

Wir wollen, dass der ÖGB wieder an Vertrauen bei den Mitgliedern und in der Öffentlichkeit gewinnt. Dazu sind radikale Änderungen nötig. Daher fordern

wir, dass die ÖGB-Spitzen für Gewerkschaftsmitglieder und künftige Mitglieder konkrete, sichtbare Zeichen setzen. Deshalb fordert der GLB:

- Urabstimmung der ÖGB-Mitglieder über die Grundzüge der ÖGB-Reform
- Reform der Spitzenbezüge
- Keine Doppelbezüge für ÖGB-Funktionäre

Der ÖGB darf keine Säule der Sozialpartnerschaft sein, sondern muss kämpferisch für die Interessen der arbeitenden Menschen eintreten. Minimalfor-

derungen sind dabei:

- Realloohnerhöhung
- Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich
- Keine weiteren Privatisierungen
- Erhaltung der Grundversorgung im öffentlichen Eigentum

Das alles wurde in einem Antrag des GLB-Exekutive, Sektion Justizwache Steiermark, festgehalten. Dieser Antrag wurde einstimmig von der GLB-Bundeskongress am 21. Oktober 2006 beschlossen.

Christian Sikora, GLB Exekutive





Kein Honiglecken hinter Gef

Eine KPÖ-Delegation, darunter Landtagsabgeordneter Ernest Kaltenegger, war zu Gast in der Justizanstalt Karlau.

Ein Erlebnisbericht VON HEIDE BEKHIT

Zahlreiche Gerüchte ranken sich um Gefängnisse. Gerade in den letzten Jahren hört man Rufe nach strengerer Rechtsprechung und verschärftem Strafvollzug. Man hört immer wieder, wie gut es die Häftlinge hätten mit Fitnessangebot, Fernseher und Computer in der Zelle und dergleichen.

Wir haben hinter die Kulissen der Strafvollzugsanstalt Karlau geblickt. Oberst Franz Hochstrasser, GLB-Vorsitzender Exekutive-Sektion Justizwache Christian Sikora und der stellvertretende Vorsitzende des GLB-JW, Siegfried Plos, führten uns durch das Gefängnis.

590 Insassen - 194 Exekutivbeamte

Zu früheren Zeiten beherbergte die Anstalt bis zu

1000 Häftlinge, allerdings zu anderen Bedingungen als heute. Derzeit lasten rund 600 Insassen die Anstalt fast aus, sagt Anstaltsleiter Oberst Franz Hochstrasser. Inhaftiert werden hier rechtskräftig verurteilte Rechtsbrecher mit einem Strafausmaß von mehr als 18 Monaten Freiheitsstrafe. Knapp 200 Exekutivbeamte sind für die Inhaftierten verantwortlich – zusammen mit vier Sozialarbeitern, zwei Ärzten, drei Psychologen und zwei Psychiatern.

Etwa 85 % der Inhaftierten gehen einer geregelten Arbeit nach, denn Strafgefangene sind per Gesetz verpflichtet, Arbeit zu leisten. 20 Betriebe beherbergt das Gelände der Karlau, neun verschiedene Lehrausbildungen können absolviert werden. 50 Freigänger finden

eine Beschäftigung in externen Unternehmen.

Die Häftlinge wohnen in Zellen mit ein bis zu vier Betten. Eine durchschnittliche 4-Mann-Zelle ist 22 m² groß. Im Keller des Hauses befindet sich die Absonderungsabteilung, die bei Gefahr in Verzug zur Anwendung kommt. Bei diesen Einzelzellen mit Bett und WC lässt sich selbst die Wasserzufuhr von außen unterbinden. Die Inhaftierung in einer dieser Zellen ist auf höchstens vier Wochen beschränkt. In einem eigenen Umkleideraum gibt es für suizidgefährdete Schuhe ohne Bänder und einfache Bettdecken. Für Besuche stehen drei Besuchsräume mit unterschiedlichen Sicherheitsstufen zur Verfügung

Psychische Belastung für Justizwachebeamte

Wie sieht so der Tagesablauf der Betreuer aus? Um 7 Uhr Aufsperrern, Organisation der Mahlzeiten, Über-

wachung von Telefonaten, Ausfahrten zu Gerichten und Spitälern, Begleitung der Gefangenen in den Spazierhof, aber auch die Regelung der Ausgehzeiten (pro Häftling ist bei Erreichen der zeitlichen und gesetzlichen Voraussetzungen ein Ausgang alle sechs Wochen vorgesehen) und die Teilnahme an sportlichen Aktivitäten. Jeder Justizwachebeamte ist erste Kontaktperson für jegliches Problem der Insassen. Da kann ein Tag ganz schön an den Nerven zehren.

Was ist nun die besondere Herausforderung in der Betreuung der Häftlinge? Christian Sikora vom GLB: „Ein Problem unserer Zeit ist der hohe Anteil an drogenabhängigen und psychisch kranken Rechtsbrechern. Im Gegensatz zu den ‚gestandenen‘ Verbrechern von früher ist die Gefängnis Klientel unserer Zeit gefährlich in ihrer Unberechenbarkeit. Man weiß nicht, woran man ist.“



ängnismauern

Die Auseinandersetzung mit zahlreichen Problemen und die psychische Verarbeitung gehen an die Substanz. „Wir Betreuer fühlen uns da oft allein gelassen. Es gibt eine interne Gesprächsmöglichkeit für das Personal. Aber wichtig wäre ein unparteiischer und vorurteilsloser Blick von außen, eine Betreuung durch externe Supervisoren. Wer krank ist, kann sich diese Betreuung von der Krankenkasse bezahlen lassen. Aber so weit sollte es ja nicht kommen“, meint Christian Sikora.

Rückfallquote senken

Die Strafanstalt dient in erster Linie dem unmittelbaren Schutz der Gesellschaft. Ein besonderes Ziel ist es für Oberst Hochstrasser aber auch, die Rückfallquote der Häftlinge nach ihrer Entlassung zu senken, damit sie in weiterer Folge zu keiner Gefahr für die Gesellschaft werden. Sie liegt bei einer bedingten Entlassung bei

rund 45 % – im Gegensatz zu normalerweise rund 70 %. Bei geistig abnormen Rechtsbrechern ist bei entsprechender Nachbetreuung eine ganz erhebliche Verringerung von Rückfällen zu beobachten.

Geistig abnorme Rechtsbrecher haben Rechtsanspruch auf eine Therapie, bei allen übrigen Insassen dient sie lediglich zur Verringerung der Gefährlichkeit. Für eine darüber hinausgehende Therapie fehlt leider das Geld.

Im Gegensatz zu früher ist der Umgang mit den Häftlingen wesentlich humaner. Oberst Hochstrasser betont: „Wir wollen nicht auf den Schwächen unserer Insassen herumhacken, sondern ihre Stärken fördern.“ Geplant ist auch der Neubau eines Besucherzentrums mit eigens vorgesehenen Zellen für Langzeitbesuche, ein Projekt, das in Leoben bereits umgesetzt wurde. „Wir wollen, dass der Häftling den Anschluss nach draußen nicht verliert. Nur so ist eine rasche Integration

DIE KARLAU

Das Gebäude der Strafvollzugsanstalt Karlau wurde bereits 1584 unter Erzherzog Karl von Niederösterreich als Lust- und Jagdschloss errichtet. Als Gefängnis genutzt ist es erst seit 1803.

1848/49 erfolgte der erste Zubau, 1888 bis 1891 kam das „Pennsylvanische System“ dazu, das der Isolation der einzelnen Gefangenen zum Zweck der inneren Einkehr und Versöhnung mit Gott diene.

Die **996 Meter** lange Umfassungsmauer ist zwischen 4,5 und 6 Metern hoch. Das Gelände wird mit elektronischen Systemen überwacht. Allein im Freien dienen 58 Kameras der Beobachtung des Geschehens.

Eine **Zelle für vier Insassen** ist durchschnittlich 22 m² groß.

nach der Entlassung gewährleistet. Und das trägt zur Verringerung der Rückfallquote bei“, so Hochstrasser.

Tatsächlich gibt es für Häftlinge heute Freizeitmöglichkeiten: Fernseher, Fitnessräume, Bibliothek... Doch darf eines nicht außer Acht gelassen werden: Freiheitsentzug bleibt Freiheitsentzug.

Weniger Konflikte

„Hinzu kommt, dass dank des Angebotes, das unsere Insassen heute haben, das Konfliktpotential und damit auch die Gefahr für das Exekutivpersonal gesunken ist“, gibt Christian Sikora zu bedenken, „waren früher aggressive Übergriffe und Schnittverletzungen quasi unser täglich Brot, so konnten diese Zwischenfälle ganz wesentlich verringert werden. Für uns Justizwachebeamte ist das schon eine Entlastung, sind wir auch so schon gefordert in unserer täglichen Arbeit.“

WENG: Trotz Protesten Gipsabbau kommt

Der Umweltsenat gibt grünes Licht für den neuen Gipsabbau in Weng bei Admont. Die Enttäuschung bei den Anrainern ist riesengroß.

Große Hoffnungen hegte man in Weng bei Admont, dass der Umweltsenat wenigstens eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für den neuen Gipsabbau fordern werde. Der soll ja nur wenig entfernt von der größten Wohnsiedlung der Gemeinde beginnen. Die Hoffnungen haben sich nun zerschlagen. Der Umweltsenat gab grünes Licht für den Abbau des Rohstoffes. Die UVP sei nicht notwendig, weil das Abbaugelände nur 3,7 Hektar groß sei; ab fünf Hektar sei die UVP vorgeschrieben.

Während man in Weng die Hiobsbotschaft akzeptiert, freut man sich bei der Firma Knauff über „den entscheidenden Sieg“. Im Frühjahr will man mit dem Gipsabbau beginnen, der Arbeitsplätze sichert“.

Der Umweltsenat weist in seinem Bescheid jedoch darauf hin, dass bei einer Erweiterung des Abbaus sehr wohl auf eine UVP zu achten sei. Es dürfe nicht passieren, dass sich die Firma Knauff durch das Zerstückeln des 62,7 Hektar großen Abbaugeländes um die UVP herummogelt.



KPÖ-Abgeordnete R. Pacher und Bürgersprecher F. Maunz vor dem Abbaugelände

GRAZERIN SCHREIBT ÜBER ALLTAGS- UND ARBEITSWELT

Alle sind gefährdet, ins alltäg

Die Grazer Volkskundeprofessorin und Kultur-anthropologin Dr. Elisabeth Katschnig-Fasch hat ein Buch über das „Elend im Alltag“ herausgegeben. Harry Herzog sprach mit ihr.

Sie schreiben, die aktuellen gesellschaftlichen Umwälzungen ließen die Menschen wie Gesichter im Sand verschwinden. Was meinen Sie damit?

Die globalisierte, nur auf Gewinn ausgerichtete Marktwirtschaft hat kein Gespür für den einzelnen Menschen, für seine Gefährdung, für seine Sorgen und die zunehmende Unsicherheit. Ihren Erfolg verdankt sie der Ignoranz gegenüber dem Einzelnen. Herkömmliche Bindungen geraten ebenso unter die Räder wie moralische Verantwortung. Sich auf nichts mehr zu verlassen, sich marktfähig zu halten, sich als Manager seiner selbst

zu organisieren, sich die eigene Verwertbarkeit zu sichern, das sind die Erfordernisse unserer Leistungsgesellschaft. **Das Buch trägt den Titel „Das ganz alltägliche Elend“. Wie kommt es zu diesem Befund?**

Die dramatischen Auswirkungen dieser Entwicklung, das Leiden der Menschen entschlüsseln sich erst im Blick unter die Oberfläche der glänzenden Erfolgsgesellschaft, im alltäglichen Leben. Abgesehen davon, dass die Zahl derer steigt, die mindestens vorübergehend arbeitslos sind, sind bisher auch als stabil geltende Milieus von Abwertung und Gefährdung bedroht. Die

Die Grazer Volkskundeprofessorin Dr. Elisabeth Katschnig-Fasch



Misere zieht sich durch alle Bevölkerungsgruppen. **Ob ungelernete Putzkraft, gelernter Facharbeiter oder akademischer AHS-Direktor: in der Arbeitswelt scheint kein Stein auf dem anderen zu bleiben.**

Und gleichzeitig wird die Beschwichtigungsfelme, es doch „schaffen zu können“, immer lauter. Wem das nicht gelingt, der hat verloren, wofür die Betroffenen dann auch die Verantwortlichkeit zugesprochen bekommen und sich damit auch selbst schuldig fühlen.

Sie sagen: „Gebraucht Werden, die Basis eines befriedigenden Lebens, ist keine Selbstverständlichkeit mehr.“ Was geht da alles verloren?

Anerkennung und das Gefühl, gebraucht zu werden, sind so notwendig wie ein Grundnahrungsmittel. Eben das geht im Kampf „jeder gegen jeden“ verloren. Man kann von einer Korruption des menschlichen Charakters durch die Wirtschaft sprechen. Bewährte soziale Gefüge und moralische Werthaltungen werden abgelegt. Die gegenseitige Verantwortung, etwa der Generationenvertrag, ist längst unterminiert. Alte Menschen werden den Institutionen oder wie andere „Unnütze“ sich selbst, immer mehr Jugendliche der Straße überlassen.

Was hat sie bei den Inter-

KPÖ SETZT SICH IM LANDTAG DURCH Wasser ist keine Ware

Alle Parteien im Landtag sind für Schutz und gegen Privatisierung unseres Trinkwassers aus. Wasserversorgung sollte (vorerst) gesichert sein.

Wasser wird für 21. Jahrhundert, was Erdöl für das 20. Jahrhundert war“, titelte das Wirtschaftsmagazin Fortune im Mai 2000. Der Druck hin zum Freigeben der Wasserversorgung wird auch in Österreich immer stärker. „Dass Trinkwasser nicht nur für große Konzerne, sondern auch für die Industriellenvereinigung und die EU-Kommission eine beliebige Handelsware ist, ist höchst alarmierend“, warnt KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger.

Die KPÖ forderte daher, das Wasser nach Wiener Vorbild vor privaten Profitinteressen zu schützen. Der Schutz des Wassers soll in den Verfassungsrang erhoben werden.

Einem entsprechenden Antrag haben nach langer Debatte alle Parteien im Landtag zugestimmt. „Trinkwasser darf keine allgemeine Handelsware werden“, meinte etwa der ÖVP-Abgeordnete Josef Straßberger, was Kaltenegger vorsichtig optimistisch stimmt: „Jahrzehnte lang wurde das öffentliche Eigentum verscherbelt – zu Lasten der Bürger. Es ist sehr erfreulich, dass zumindest beim Wasser bei anderen Parteien ein Umdenken eingesetzt hat.“

Und das ist dringend nötig. Denn Wirtschaftskrise und vor allem die EU drängen auf eine private Wasserwirtschaft und wittern ein gutes Geschäft;

der Wassermarkt der gesamten EU wird auf rund 80 Milliarden Euro geschätzt.

Dabei gibt es schon genug warnende Beispiele. In Großbritannien, Italien und Frankreich explodieren die Gewinne der privaten Was-



Kein Verkauf der heimischen Wasserreserven

serverstorger, die gleichzeitig beim Erhalten der Leitungen sparen. Bis zu 40 Prozent an Wasserverlusten misst man inzwischen im Londoner Trinkwassernetz – in Österreich sind es derzeit nicht einmal acht Prozent.

liche Elend abzurutschen

views am meisten berührt?

Wie eindrucksvoll die Menschen ihr Leben zum Ausdruck bringen und davon berichten, wie sie sukzessive ihre Eigenständigkeit, ihren Eigenwert verloren haben.

Ob es die Geschichte einer Verkäuferin ist, die, weil zu alt für die glitzernde Vorderbühne eines großen Warenhauses, nur noch wegräumen darf, ob das die Geschichte eines Werkzeugmachers ist, dessen Wissen durch die Technologisierung wertlos geworden ist und der trotz größter Anpassung an die neuen Gegebenheiten der Abwärtsspirale nicht entkommt, oder ein Schuldirektor, dessen Lebenssinn angesichts der Reformierung des Bildungssystem zerbrochen ist – alle zeugen von der enormen kulturellen und neoliberalen Wende, mit dem unerträglichen Preis, der ihnen aufgebürdet ist.

Sie schließen das Buch mit dem Satz: „Neoliberale Heimsuchungen sind nicht schicksalhaft.“ Was lässt Hoffnung aufkommen?

2003 war man noch gelähmt von der Naturgewalt des neuen Kapitalismus. Mittlerweile suchen viele einen Weg in eine lebbare Zukunft. Eine echte Gegenszene hat sich weltweit etabliert. Auch die Medien sind kritischer. Es ist wichtig zu fragen, was „Nutzlosigkeit“ für Menschen bedeutet, was es heißt, keine Arbeit zu haben, den Kindern eine optimale Ausbildung nicht mehr ermöglichen zu kön-



nen, oder nicht zu wissen, ob man sich das Altwerden noch leisten kann.

Das beste Gegengift: Die Unverfrorenheit des Kapitalismus muss allen bewusst sein. In der Globalisierung,

in welcher der Arbeitsmarkt die Menschen auf niedrigste Standards setzt, verlieren alle. Auch wir in entwickelten Ländern mit vermeintlich gefestigten wohlfahrtsstaatlichen Strukturen.

DAS ELEND IM ALLTAG

„Das Leiden der Menschen entschlüsselt sich erst im Blick hinter die glänzende Erfolgsgesellschaft, im alltäglichen Leben.“ Diesem Blickwinkel folgte ein Forscherteam um die Grazer Kulturanthropologin Univ.-Prof. Dr. Elisabeth Katschnig-Fasch. Daraus entstand das Buch „Das ganz alltägliche Elend“ über Alltags- und Arbeitswelten.



ERFAHRUNGEN EINES AHS-DIREKTORS

Das höchste Gut – die Kinder

Ich wache in der Nacht auf und wälze Überlegungen. Wie vertrete ich das gegenüber der Lehrerin, gegenüber den Eltern. Wenn ein Kind in eine überfüllte Klasse kommt, mit allen Nachteilen, ohne Nachmittagsbetreuung.“ Dies klagt Herr Winter, Direktor einer Grazer AHS.

Er hat ein hohes Ideal von Bildung und Kultur, ist aber zur steigenden Sparsamkeit gezwungen; er ist geleitet vom Wunsch nach einer harmonischen Schulatmosphäre, aber konfrontiert mit angeödeten und rebellischen Schülern. Das politische Diktat einer marktwirtschaftlichen Schule, verbunden mit einer Entwertung von Bildungsinhalten, hinterlässt überall frustrierte und verunsicherte Betroffene.

„Mit der Brechstange haben die die ganze Schule zertrümmert. Sprachen wurden wegrationalisiert, unsere Chemieolympiade, das Orchester, bildnerische Erziehung, Leibesübungsstunden. Da wird von einem hochwertigen Unterricht geredet... wie soll das gehen? Die Realität ist, dass ich achteinhalb Lehrerstellen einsparen muss. Da rechne ich und versuche umzuschichten, was halt noch geht. Die Schülerzahlen sind in den Klassen erhöht worden; mit allen Nachteilen. Aggressionen werden angestaut, die Lehrer können nicht mehr auf die Schüler eingehen.“

„Ein unbefristeter Vertrag ist stärker als ein befristeter. Da werden die Messer gewetzt: Gruppchenbildung, Eifersucht.

Jeder bangt um seinen Job. Das kann für das Klima einer Schule nicht gut sein.“

„Was ich da schon gesprochen habe mit den Müttern, mit den Vätern, mit den Kindern. Das habe ich mir nicht so vorgestellt, dass es so viel Elend gibt. Ich stehe zur Republik Österreich, aber ich verstehe es nicht, dass diese Republik, für die ich 36 Jahre gearbeitet, mit bestem Wissen und Gewissen gedient habe, sich ernstlich Sorgen darüber macht, was nun mit dem Draken-Nachfolger wird – um Zig-Milliarden – und beim Schulwesen, bei der Bildung wird alles derartig restriktiv behandelt. Da setzt mein Verständnis ehrlich aus... Das ist doch das größte Gut, das wir haben: unsere Kinder.“

Schreiben Sie uns Ihre Meinung:

KPÖ-Ernest Kaltenegger,
Landhaus, Herrngasse 16, 8010 Graz,
Fax 0316/877 5108 oder
email: volksstimme@kpoe-steiermark.at

150.000 VON ARMUT GEFÄHRDET Arme, reiche Steiermark

Statistik: Hätte Österreich nur zehn Bewohner, besäße ein Reicher 90 Prozent des Vermögens. Die restlichen neun müssen mit zehn Prozent auskommen.



46 der 60 ärmsten Gemeinden Österreichs kommen aus der Steiermark, gleichzeitig finden sich bei uns 30 der 285 österreichischen Euro-Millionäre. Der Reichtumsbericht des KPÖ-Bildungsvereins zeigt eine bedenkliche Entwicklung auf.

Die Österreicher sind bei weitem nicht so reich wie uns die Politiker mit ihren Spitzeneinkommen weismachen wollen. Eine Million (von acht) ist hierzulande armutsgefährdet – viele davon leben in der Steiermark. Und während sich Multimillionäre wie Wirtschaftsminister Martin Bartenstein, Ölbaron Rudi Roth oder Kartonmacher „Baron“ Franz Mayr-Melnhof Saurau samt Kindern, Enkeln und allen weiteren Nachfolgern um ihre Zukunft Sorgen keine Sorgen machen müssen, drehen 150.000 Steirer täglich jeden Cent um. Ihr

mittleres Einkommen macht pro Monat weniger als 848 Euro aus.

Die Kluft ist tief zwischen Arm und Reich, in Österreich wie in der Steiermark. Zehn Prozent der Österreicher besitzen 90 Prozent des Geldes, der Wohnungen und Häuser, der Aktien – sprich des gesamten Vermögens. Die restlichen zehn Vermögensprozentage bleiben für die „restlichen“ 90 Prozent der Österreicher übrig.

Die Reichen haben ihr Geld immer lieber in steuerlich extrem begünstigten Stiftungen geparkt. 2.900 davon gibt es in Österreich,

rund 200 Stiftungen findet man in der grünen Mark. Einen sprunghaften Anstieg bei den Stiftungen gab es im Jahr 2000 nach dem schwarzen Machtwechsel. Damals wurden die Weichen dafür gestellt, dass der Zinsertrag für Stiftungen mit 12,5 % besteuert wird – im Gegensatz zu 25 % bei den Spareinlagen der „normalen“ Österreicher.

Ausgleichende Gerechtigkeit

Ein Ausgleich für mehr Gerechtigkeit ist gefragt. „Durch entsprechende Steuern könnte man einen Ausgleich schaffen“, meint KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger und denkt an eine „Millionärssteuer“ von fünf Prozent für die österreichischen Euro-Millionäre. Au-

ßerdem setzt die KPÖ auf eine „Spekulationssteuer“: Sie soll bei Immobilienspekulationen tragend werden. Die KPÖ schätzt, dass rund 80 Millionen Euro gerechter verteilt und beispielsweise für den sozialen Wohnbau verwendet werden könnten. „Damit ließe sich die Schere zwischen Arm und Reich etwas verringern“, so Ernest Kaltenegger.

Erben oder Heiraten

Der Weg zum großen Vermögen führt normalerweise nicht über harte Arbeit. Erben oder Heiraten heißt die Devise, alles andere kommt einem Gewinn beim Lotto gleich. Von den 260.000 österreichischen Unternehmen und Freiberuflern werden nur wenige wirklich reich. Drei Viertel von ihnen beschäftigen weniger als fünf Mitarbeiter. Und nur drei Prozent aller österreichischen Unternehmen haben mehr als 50 Beschäftigte, berichtet das Wirtschafts magazin „trend“.

Auch als Gehaltsempfänger sind die Aussichten auf große Vermögen ziemlich gering. Das Durchschnittseinkommen der Österreicher beträgt rund 17.700 Euro brutto pro Jahr. Die Spitzengehaltsempfänger (ein Prozent der Gehaltspyramide) können darüber natürlich jährlich mehr als 85.900 Euro brutto. Dazu zählt auch die sehr kleine Berufsgruppe der Top-Manager, deren persönlicher Erwerbssinn durchaus ausgeprägt ist. Wie der von OMV-General Helmut Rutenstorfer mit einer Jahresgage von 2,8 Millionen Euro.

Arm und Reich in der Steiermark –
Reichtumsbericht Steiermark der KPÖ.
Sie können den Reichtumsbericht kostenlos bestellen:
Es ist genug für alle da! KPÖ-Bildungsverein,
Lagergasse 98a, 8020 Graz
Tel. 0316/ 22 59 31
od. Tel. 0316 / 877 5104
bildungverein@kpoe-steiermark.at

Arbeitsplätze statt Eurofighter!

KPÖ fordert Direktförderung der Region statt Subventionierung des maroden EADS-Konzerns



Die Gefahr eine Stationierung der Eurofighter in der Steiermark wird immer greifbarer. Flugpläne wie bisher bei den Draken (Dienstag Flugtag) sind nicht in Sicht. Dabei sind die Eurofighter eine akute Gefährdung der österreichischen Neutralität.

Horrende Gesamtkosten

Die Gesamtkosten betragen horrende 6 Milliarden Euro. Das entspricht den Einnahmen aus den Studiengebühren während der nächsten 50 Jahre oder der dauerhaften Schaffung von zusätzlichen 22.000 Kinderbetreuungseinrichtungen. Eine einzige Flugstunde des Eurofighters verschlingt die durchschnittliche Jahrespension einer Frau. Während auf der einen Seite bei Arbeitern, Arbeitslosen, Pensionisten, Kranken gespart wird, soll das größte Rüstungsgeschäft der 2. Republik durchgeführt werden.

Untergrabung der Neutralität

Der Eurofighter haben nicht das Geringste mit der Verteidigung der Neutralität zu tun; ihre Hauptfunktion ist es vielmehr, den Neutralitätsgegnern eine mächtige Waffe in die Hand zu geben, denn der Eurofighter ist der Parade-

kampfbomber für globale EU-Militäreinsätze. Der neue Streitkräftekommandant des Bundesheeres, Günter Höfler hat öffentlich dargelegt, dass es die Aufgabe der Eurofighter ist, für Kampfeinsätze „im europäischen Verbund“ mit einem Einsatzradius „Westbalkan bis hinunter nach Afrika, den Nahen Osten und den Kaukasus“ (13.12.2005) zur Verfügung zu stehen. Schon die Schüssel-Regierung hat im Konsens mit allen Parlamentsparteien die Neutralität mit Füßen getreten: Zustimmung zur EU-Verfassung, die die Verpflichtung zur Aufrüstung in Verfassungsrang erhebt und dem EU-Ministerrat das Mandat für weltweite EU-Militärmissionen gibt; Vorbereitung der Teilnahme an den EU-Schlachtgruppen („battle groups“), Teilnahme an diversen Militärmissionen, Einstieg in die EU-Rüstungsagentur, Forcierung neuer Rüstungsbeschaffungsprogramme und vieles mehr.

Politische Verflechtungen

Das Eurofighter-Geschäft führt dazu, dass die österreichische Wirtschaft und Politik immer stärker in den europäischen militärisch-industriellen Komplex hineingezogen wird. Nicht zufällig hat die Vorbereitung des Eurofighter-Ankaufs ein Geflecht aus Wirtschaft und Politik offengelegt: Freiheitliche Spitzenpolitiker oder deren Gefährten wurden reihenweise vom Magna-Konzern Stronachs versorgt, der zu den Hauptlobbyisten des Eurofighters zählt. Auch Ex-Bundeskanzler Vranitzky sitzt im Aufsichtsrat bei Magna. Frank Stronach hat ein geschäftliches Interesse an den Eurofightern, weil sein Magnakonzern von den Aufträgen von Daimler-Chrysler abhängt, der Hauptaktionär beim Eurofighter-Produzenten EADS ist.

Der Ankauf der Eurofigh-

ter verstößt gegen den Staatsvertrag, der die militärische Kooperation mit Deutschland untersagt.

Arbeitsplätze und Eurofighter

Gerade in der Steiermark – wo alle 18 Kampfflieger stationiert werden sollen – geht man gern mit dem Arbeitsplatzargument hausieren: Das Bundesheer ist schon jetzt der größte Arbeitgeber in der Region. – Na eben – schon jetzt, auch ohne Eurofighter. Tatsächlich werden Mittel verschwendet, die besser verwendet werden könnten, wenn sie direkt in der Region investiert würden. Für die Region kommt noch die unmittelbare Lärm- und Umweltbelastung dazu: Es ist zu befürchten, dass es bei den Eurofightern die Regelung: „Dienstag Flugtag“ nicht mehr geben wird. Es wäre an der Zeit, dass nicht nur die Kaufverträge sondern auch die Flugpläne offengelegt werden.



Offene Türen bei der KPÖ im Landhaus. Die 4.b. Klasse der Nibelungenschule besuchte das am 10. Oktober das Landhaus. Durch Landstube und Rittersaal ging es zum KPÖ-Klub im 3. Stock, wo Klubobmann Ernest Kaltenegger und die Abgeordneten Renate Pacher, Werner Murgg und Claudia Klimt-Weithaler (links) Kinder und Erwachsene begrüßten. Dabei wurden Durst und Hunger gestillt und viele Fragen beantwortet. Eine schöne Abwechslung für alle!

Buchtip: Das Syndikat der Totengräber

Durch ihre riskanten Zins- und Währungsspekulationen wurden Helmut Elsner, Wolfgang Flöttl & Co zu den Totengräbern der Bank für Arbeit und Wirtschaft. Die Hintergründe des größten Bankenskandals der zweiten Republik - in dem auch der Österreichische Gewerkschaftsbund ÖGB eine unrühmliche Rolle einnimmt - sind verworren und nahezu undurchschaubar. Dieses Buch ist



die erste zusammenfassende Dokumentation der wichtigsten Ereignisse dieser Finanzaffäre, die seit Monaten unter dem Synonym „Karibik-Geschäfte der BAWAG“ für aufgeregte Schlagzeilen sorgt. Der bekannte Wirtschaftsjournalist Richard Schneider hat diese aufschlussreiche Zusammenstellung wichtiger Fakten beim Neumarkter Concord Verlag veröffentlicht. Tel. 035 84/20 511, www.concordverlag.at

Erstaufführung

DAS MANIFEST

von Bertolt Brecht

SprecherInnen: Renate Richter und Alejandro Quintana
Musik: Syman (Piano) und Torsten Adrian (Schlagzeug)
Textfassung und Regie: Manfred Wekwerth

Anlässlich seiner Rückkehr aus dem Exil begann Bertolt Brecht das „Manifest der Kommunistischen Partei“ von Marx und Engels in Versform zu bringen. Unter dem Titel „Das Manifest“ sollte es Teil eines größeren Lehrgedichts werden. 1955 kommt Brecht noch einmal auf das Projekt zurück, beendet es aber nicht. „Das Manifest“ bleibt Fragment.

Do, 30.11.2006, 20 Uhr Freier Eintritt!
Volkshaus Graz, Lagergasse 98A, 8020 Graz

Impressum: Bildungsverein der KPÖ Steiermark, Lagergasse 98A, 8020 Graz

FOHNSDORF
Sprechstunde
mit KPÖ-Labg.
Renate Pacher
und **Karin Gruber**

Foto: Sissi Fungler

Di, den 29. November 2006
10.00 bis 12.00 Uhr,
RESTI – KPÖ-Fohnsdorf,
Josefplatz 3 Fohnsdorf
Anmeldung: erbeten:
Tel. 035 73 / 21 66

VOITSBERG
Sprechstunde
mit KPÖ-Labg.
Claudia Klimt-Weithaler und
DSA Karin Gruber

Foto: Sissi Fungler

Dienstag, den 5. Dez. 2006
10.00 bis 12.00 Uhr,
bei der KPÖ Voitsberg,
C.-v.-Hötzendorfstraße 29,
Anmeldung: erbeten:
Tel. 03142/ 22421

4 MILLIONEN EURO FÜR BERATER Investmentbanken verdienen am ESTAG Verkauf

Geht es nach Landeshauptmann Voves soll die Landesregierung knapp vier Millionen Euro an Beraterhonoraren für den ESTAG-Verkauf freigeben.

ESTAG-Anteile persönlich beraten. Der Wiener Anwalt fungierte auch als Berater der SPÖ im KAGES- und Herberstein Ausschuss.

Die Electricite de France (EdF) plant ihren 25-Prozent Anteil zu verkaufen.

Die Berater sollen eine Strategie für den ESTAG-Verkauf entwickeln. Viel Geld, das woanders fehlt. Etwa beim Strombonus, den der Landeshauptmann – trotz eines Beschlusses des Landtages – nicht an die steirischen ESTAG-Kunden weitergeben will.

KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg protestiert gegen diese gewaltigen Honorare angesichts der Tatsache, dass die Steirer weiterhin auf den Strombonus warten müssen: „Wer fast vier Millionen Euro für Beraterhonorare ausgibt und gleichzeitig die Auszahlung eines Strombonus verweigert, pflanzt die steirischen Haushalte.“ Die KPÖ tritt vorläufig für einen Rückkauf der EdF-Anteile durch das Land Steiermark ein.

3,2 Millionen Euro sind als Beraterhonorar für die Investment-Banken ABN/AMRO und Raiffeisen Investment AG geplant, 650.000 Euro reicher soll der Wiener Anwalt Gabriel Lansky bekommen. Gabriel Lansky gilt als persönlicher Anwalt von Landeshauptmann Voves und soll ihn beim geplanten Verkauf der



Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Steirische Volksstimme: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 0316/ 71 62 91 e-post: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Leserumfrage Treibstoffpreise

Die Treibstoffpreise sind stets ein Grund zum Ärgern – vor allem für jene, die auf ihre Fahrzeuge wirklich angewiesen sind. Wir fragten unsere Leserinnen und Leser, ob Verkehrslandesrätin Kristina Edlinger-Ploder die Landestankstellen mit günstigem Sprit für alle öffnen soll, wie das die Landtagsmehrheit beschlossen hat. Unsere Leser meinen, dass die Landestankstellen geöffnet werden müssen. Und zwar vor allem deshalb, weil die Landesrätin dem Beschluss des Landtags zu folgen hat! Nur vier Leser meinen, dass alles passt, wie es ist.. Hier einige Kommentare:

Ich bin froh, meinen Arbeitsplatz mit Fahrrad erreichen zu können.

Gertrud Pehsl

Was soll man sagen, es ist ja nicht das tanken allein, alles ist teurer geworden. Wozu diese EU?

Karl Zöhrer

Bin Pendler - mindestens 2.000 km je Monat mit dem PKW. Warum befolgt sie den Beschluss nicht?

Rudolf Haas

Ihr gehört sofort Ihr Dienstauto weggenommen!

Johann Weißner

Die Ploder kann leicht dagegen sein, ohne Leistung mit Ihrem Gehalt.

August Nöst

Frau Edlinger-Ploder hatt sicher keine Schwierigkeit beim tanken!

Ursula Koch

Die machen ja ohnehin ALLE, was Sie wollen!. Christine Tollschein Aber auch die Einzelfahrpreise der Bahn sind zu hoch!

Friedrich Skorjanc

Edlinger-Ploder ist eben eine geldgierige \$chwarze! Heinz Spitzer

Sie muss dem Beschluss des Landtags folgen. Aber trotzdem müssen wir weg vom Öl Thomas Fian

Bei den Landestankstellen gibt es nur Diesel, dies wäre in der Feinstaubbekämpfung das falsche Signal! Außerdem wären alle Benzinfahrer benachteiligt!

Franz Wiedner

Dem Beschluss zu folgen, wäre sehr nett, Frau Landesrätin.

Peter Rinnhofer

Die Treibstoffpreise sind mittlerweile ein Wahnsinn.

Josef Putz

Ruinöses Glücksspiel

Ich finde es sehr wertvoll, dass die KPÖ gegen die ruinöse Spielsucht kämpft. Tragischerweise verfallen immer mehr Menschen dieser Sucht. In Großbritannien „werden immer mehr Hausfrauen süchtig nach Glücksspielen im Internet. Sie spielen mehrere Stunden täglich und häufen dabei gewaltige Schulden auf“, meldete der Londoner Sunday Telegraph.

Menschen, die nur ungern ihren Fuß in ein Wettbüro setzen würden, lassen sich vom Internet weitaus weniger einschüchtern. Vor allem aber können sie zu Hause das Glücksspiel problemlos in ihren Alltag integrieren. Viele werden süchtig, verschweigen aber ihr Problem. Die Zeitung zitierte Professor Mark Griffiths von der Universität Nottingham. Er merkte an: „Falls Sie ein Problemspieler sind, ... könnte es sein, dass Ihnen der Zutritt zu Casinos oder Wettbüros verweigert wird. Aber im Internet gibt es keine Türsteher.“

Offensichtlich besteht für jeden von uns die Notwendigkeit, den Verlockungen und Verführungen der modernen Konsumwelt fortgesetzt zu widerstehen.

Ing. Harald Schober

Integration braucht Geduld statt Hass

Ich lebe seit 29 Jahren in Österreich und fühle mich inzwischen in jeder Hinsicht (sprachlich, beruflich, familiär und im Freundes- und Bekanntenkreis) sehr gut integriert. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass Integration im Laufe der Jahre ganz automatisch geschieht. Dafür braucht es keinen Druck einer politischen Partei.

Integration lässt sich nicht erzwingen. Jeder einbürgerungswillige Zuwanderer hat seine eigene kulturelle Prägung. Selbst wenn man wollte, kann man diese nicht einfach auf Knopfdruck entsorgen. In einem fremden Land Fuß zu fassen ist zudem nicht leicht – so vieles ist anders und neu: Sprache, Rechtslage, soziale Verhältnisse, Religion, Landessitten etc. Das Hineinwachsen in die österreichische Gesellschaft braucht also vor allem Zeit und Geduld.

Voraussetzung dafür ist, dass man einander mit Toleranz, Akzeptanz und Respekt begegnet! Daher appelliere ich an FPÖ und BZÖ, kein weiteres Öl ins Feuer zu gießen. Mit ihrer Politik schüren sie Vorurteile und Hassgefühle gegenüber Zuwanderern und Neuösterreichern. So erschweren sie nicht nur die Beheimatung von integrationswilligen Menschen, sondern sie belasten auch das tägliche Leben jener Eingebürgerten, die hier bereits eine neue Heimat gefunden haben!

Das Zusammenleben im Land ist durch steigende Arbeitslosigkeit und Armut gefährdet. Diese Probleme zu lösen, ohne die Menschen aufeinander zu hetzen, wäre die Aufgabe von tatsächlich sozial orientierten politischen Parteien.

Benyahia Abdenour

„Sorry“ Knittelfeld!

Wiederum kommt die sympatische obersteirische Stadt wegen unnötiger FPÖ-Eskapaden in die Schlagzeilen. Ein frisch in

den Nationalrat eingezogener Abgeordneter dieser Partei gab gleich deren Sittenbild treffend zur Sprache. Hier reiht er sich stramm in das Lager der rechten, schlagenden Burschenschaften ein, die jetzt auch so zahlreich für die FPÖ im Parlament sitzen.

Durch diverse Regierungsbeteiligungen wurden schon in der Vergangenheit diese bekannten Gesinnungen in Österreich sogar salonfähig gemacht. In Knittelfeld tun gewisse „braune“ Sager besonders weh.

Diese kleine Stadt hat in der NS-Zeit große Opfer gebracht. So wurden 30 Personen aus politischen Gründen Hingerichtet oder kamen in Lagern um. 77 Behinderte aus dem Fürsorgeheim in Knittelfeld wurden nach Hartheim verschickt und dort ermordet. 33 KnittelfelderInnen jüdischen Glaubens wurden deportiert und umgebracht. 386 Knittelfelder kamen aus dem verbrecherischen Krieg nicht mehr zurück. 176 Opfer waren bei den Luftangriffen zu beklagen.

Aber was ist das alles schon gegen den erfolgreichen Bau einer Autobahn in dieser Zeit!

Karl Mlinar

In Tschechien ist der kommunistische Jugendverband verboten worden, weil er für Verstaatlichung und für das öffentliche Eigentum eintritt. Auch das ist die EU, die sich bei anderen als Richter über die Demokratie und Menschenrechte aufspielt!

Red:Out! Steiermark: Treffpunkt jeden

1. Montag im Monat im Cafe Harry's, Reitschulgasse 20, 8010 Graz; Info Tel: 0699/100 435 28



Steirische
Volksstimme

Impressum: Steirische Volksstimme, Lagergasse 98a, 8020 Graz.
Tel. 71 24 79,
Fax 71 62 91
email: volksstimme@kpoe-steiermark.at
DVR: 0600008



EU wirkt als Brandbeschleuniger



Das Wahrzeichen der Stadt Brüssel und damit auch der EU-Hauptstadt: Das Manneken Pis; hier in Verkleidung.

Das EU-Parlament hat im November die Dienstleistungsrichtlinie mit den Stimmen einer großen Koalition beschlossen.

In Österreich jubeln die Unternehmerverbände. So betont Reinhold Mitterlehner von der Wirtschaftskammer, dass die beschlossenen Änderungen „rein technischer Natur ohne praktische Auswirkungen auf die Dienstleistungserbringer“ sind. Das sei „eine Bestätigung der Lobbyingaktivitäten der Wirtschaftskammer“.

Der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder sieht in dieser Aussage eine Bestätigung seiner Position: „Dieser Beschluss ist kein Kompromiss im Interesse der arbeitenden Menschen, sondern ein Geschenk für das Großkapital. Die Verantwortung der Sozialdemokratie für diese Verschlechterung ist sehr groß. Ich kann mich noch daran erinnern, dass

SPÖ und ÖGB im April dieses Jahres alles daran gesetzt hat, damit es beim informellen EU-Wettbewerbsgipfel in Graz zu keiner Großdemonstration gegen diese Verschlechterungen gekommen ist. Jetzt müssen die offiziellen Arbeiterorganisationen den Spott des Wirtschaftsbundes ertragen.

Deshalb zeigt sich die Arbeiterkammer (AK) mit dem Abstimmungsergebnis zur Dienstleistungsrichtlinie unzufrieden. Die Arbeiterkammer kritisiert auch, dass die Dienstleistungsrichtlinie wichtige Leistungen der Daseinsvorsorge umfasst, zum Beispiel die Wasserversorgung oder die Abfallentsorgung. Was sie aber nicht hinzufügt ist die blamable Tatsache, dass die österreichischen SP-Mandatare heute für Bolkestein gestimmt haben.“

Mit einem liberalisierten Dienstleistungsbinnenmarkt wird ein tiefgreifender Deregulierungsprozess

in Gang gesetzt, der alle bisherigen Beschlüsse zur Schaffung eines EU-Binnenmarktes in den Schatten stellt. Wer solche Entscheidungen trifft, braucht sich über eine wachsende Ablehnung der EU durch ihre Einwohnerinnen und Einwohner nicht zu wundern.

Die EU wirkt wie ein Brandbeschleuniger in Sachen Sozialabbau. Regeln, die in Brüssel beschlossen werden, führen zu Lohndumping, Privatisierung und zur Senkung von Pensionen und Sozialleistungen. Vieles von dem, was sich in den letzten Jahren in dieser Beziehung in Österreich abgespielt hat, konnte man bereits in der vor langer Zeit auf EU-Ebene beschlossenen Lissabon-Strategie nachlesen. Kein Wunder: Die EU ist so konstruiert, dass die Interessen des Großkapitals und der verschiedenen Lobbies immer Vorrang vor den Forderungen der arbeitenden Menschen haben.

Ruinöses Glücksspiel: Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie!

Umfrage zum Glücksspiel:

Verlost werden Buchpreise und T-Shirts.

Was halten Sie von einer Standort-Abgabe für Wettcafés? (Bitte ankreuzen)

- 1.) Gute Idee, denn zu groß ist der Schaden bei Spielsüchtigen.
- 2.) Gute Idee, denn die Betreiber verdienen ohnehin Unsummen.
- 3.) Gute Idee, denn die Kriminalität rund ums Glücksspiel steigt.
- 4.) Wozu, die Leute sollen auf sich selbst aufpassen.

Name: _____

Adresse: _____

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL)



An die **Steirische Volksstimme**
 c/o KPÖ - Ernest Kaltenegger
 Landhaus, Herrengasse 16
 8010 Graz



Das Glücksspiel ist eine Geißel unserer Zeit. Erst unlängst ließ ein Pärchen in Feldbach seine zwei Kleinkinder nach Mitternacht im eiskalten Auto sitzen, um zocken zu können. Die KPÖ macht gegen diese Droge mobil.

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

KPÖ-Ernest Kaltenegger, Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz, Fax 0316/877 5108 oder email: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Fax: 0316 / 877 51 08